



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Der Sturz der Mittelmächte**

**Nowak, Karl Friedrich**

**München, 1921**

Krisen

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-84190)

# KRISEN







**H**ungerschreie aus Oesterreich hatten den Grafen Czernin dazu gedrängt, in großer Hast den Frieden mit den Ukrainern zu unterzeichnen. Aber bald zeigte sich, daß die Nerven des Ministers, der schon in den ersten Brester Tagen stets aufs neue erklärt hatte: „Ohne Frieden darf ich überhaupt nicht nach Hause kommen“, durch die Unterschriften auf dem Friedensdokument lediglich eine äußere Beruhigung erfahren konnten. Die ukrainischen Abgesandten, deren „eiserne Haltung“ für den Staatssekretär von Kühlmann ein Motiv restloser Bewunderung gewesen war, hatten nahezu alles erreicht, was von ihren Wünschen erstrebt war. Indes blieb die Gegenleistung aus: das ukrainische Brot.

Die Mittelmächte schritten zwar sogleich daran, die Vorräte des Ostens sich dienstbar zu machen. Aber es stellte sich nicht bloß heraus, daß man die Vorratsmengen des Landes überschätzt zu haben schien; auch war das Mittel, durch das man die Erfüllung des abgeschlossenen Friedens durchzusetzen genötigt war, ein neuerlicher militärischer Vormarsch. Ihn hatte der General Ludendorff mit der Richtung auf Kiew schneller angeordnet, als Oesterreich-Ungarn seine Truppen abermals marschieren zu lassen sich entschloß. Allerlei Verhandlungen mit den ukrainischen Behörden, die durch Wochen sich hinzogen, auch der Versuch, eine „deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftszentrale“ zu schaffen, hatten den Nährstrom der Ukraine nicht fließen gemacht. Ueberdies



saß dort längst die Regierung nicht mehr, die den Frieden mit den Mittelmächten unterzeichnet hatte: die Bolschewiken hatten jetzt die Macht. Der Krieg ging darum auch in der Ukraine weiter. Verstimmungen dabei zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die zunächst jeder auf eigene Faust marschierten, wurden wieder überbrückt, man drang — stets an den Bahnlinien — endlich gemeinsam vor. Die Deutschen waren im Gebiet von Kiew die Herren, im Gebiet von Odessa wurden es Oesterreicher und Ungarn. Die ukrainische Ausbeute begann. Sie ergab in acht Monaten, wie der Graf Czernin selbst feststellte, für alle Vertragsstaaten ungefähr 42 000 Wagons Lebensmittel. Oesterreich darbtte vor allem an Getreide. Die Ukraine brachte ihm von dem Gesamtertragnis  $42\frac{1}{4}$  Millionen Kilogramm. Jedem Haupt in Oesterreich kamen in acht Monaten etwa  $1\frac{1}{2}$  Laib ukrainischen Brotes, überdies etwa 2 Kilogramm anderer Lebensmittel zu. Dies war die Ziffer, die der großen Allgemeinheit nützen sollte. Soldaten, die in der Ukraine standen, vermochten ihren Angehörigen durch Feldpostpakete zu helfen. Im übrigen spürte vor allem das Frühjahr 1918 vom „Brotfrieden“ überhaupt noch nichts. Im Frühjahr 1918 ging der Hunger um.

Nicht nur um die Januarmitte in Wien, als die Mittelmächte in Brest Litowsk in schwerem Verhandeln waren, schrien die längst Unterernährten auf. In Berlin lief im gleichen Monat der erste große Streik durch die Straßen. Und ein Bund meldete sich zum Wort, der sich zum erstenmal für die Welt, nach dem Befreier römischer Sklaven, mit Namen nannte und bekannte: „Spartakusbund“. Zwar wurde der Wiener Ausstand, wie der Berliner Streik, bald beigelegt. Halb drohte der deutsche Staatssekretär für Inneres mit Gewalt, halb gelang die Ordnung des Zwischen-



falls gütlich. In Oesterreich freilich mehrten sich die Schwierigkeiten mit beängstigenden Ansagen. Kaiser Karl sah auf einer nordböhmischen Reise nur bleiche, ausgemergelte Gesichter. Jetzt drängte er selbst die Truppen in der Ukraine zu schnellem Marschieren. Dem Wiener Januarausstand folgten in der Nähe der österreichischen Hauptstadt, in Wiener Neustadt, in Neunkirchen neue Streiks. Sie verliefen in ungestümer Tonart, der Lärm drang bis ans Wasserschlößchen in Laxenburg, wo der Kaiser hofhielt. Unruhig horchte er den nahen Revolten.

„Der Kaiser gehört in die Wiener Burg“, entschied der Graf Czernin.

„Ich lasse mich in der Burg nicht fangen“, widerstrebte der Kaiser zum Generalstabschef Baron Arz.

„Bei mir sind Sie sicher, Majestät“, beruhigte der General. „Kommen Sie zu mir nach Baden.“

Nach dem Armeeoberkommando in Baden bei Wien rief zu solchem Zwecke der Chef des Generalstabs die dritte Edelweißdivision, beste, zuverlässige, deutschtirolische Truppen, zwei Regimenter zum Schutze des Monarchen, die aus der Front gezogen wurden. Auf ihre Verpflegung wurde sorgsam geachtet. Ihr neuer Dienst war leicht. Der Kaiser fühlte sich in Baden sicher und wohl. Aber die Unruhe, neue, häufige Fieberzeichen flogen weiter durchs Land. In den Pulverfabriken mehrten sich die Sabotagen. Die wichtigen Skodawerke in Pilsen hatten ihren Ausstand. Die Untersuchung ergab Lebensmittelverhältnisse als Ursache. Indes stellte sie gleichzeitig fest, daß der Streik — wie fast alle Ausstände jener Zeit — ungewöhnlich gut organisiert gewesen war. Bei den vereinzelt, ähnlichen Anlässen bisher hatten zwei, höchstens drei Tage genügt, um die Ordnung wiederherzustellen. Nunmehr pflegte dies in zehn Tagen schwer zu gelingen: überdies war härteste Drohung nötig. Alles geschah mit



ängstlicher Hast, die Ernährung der Arbeiter nach Möglichkeit sicherzustellen. In den Munitionswerkstätten und in den Bergwerken, die der Aufsicht eines besonderen Generals anvertraut waren, mußten alle Beschwerden unmittelbar an die Militärs geleitet werden. Der General hatte die Bergwerksdirektoren, die Fabrikleiter zur Verantwortung zu ziehen. Aber die Ausstände wurden darum nicht seltener. Und die Ernährungstumulte wurden Tagesordnung. Hatte die Wiener Bevölkerung in Niedergeschlagenheit sich eben erst beruhigt, so ließ der Kaiser, wenn er zur Front fuhr und das Elend während der Reise sah, etwa in Laibach zwei Waggon von den Vorratzzügen abkoppeln, die zu den Kampftruppen rollten. Während er den Hungernden in Krain nur wenig damit half, brach eine Ernährungsrevolte in Krakau aus. Militär mußte die Sicherheitswache in der Stadt übernehmen, aber die Revolte steigerte sich zu Mord und Totschlag. Judenkrawalle wurden endlich das Ventil. Hunger zog durch Oesterreich von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Denn jetzt begann die Blockade zu sprechen, die furchtbarste Waffe gegen die Mittelmächte. Die Kinder starben, die Totenziffern wuchsen. Die Erschöpfung riß am Volk, am Körper, an den Nerven. Sie riß an der Disziplin der Truppen, die im Hinterland standen. Und die Kraft der Männer sank, die in den Schützengräben wachten.

Manchmal verwies der Graf Czernin erregt auf die Ukraine. Der „Brotfrieden“ war ja geschlossen. Am Dnjepr läge Getreide. Den Chef des Generalstabes machte er aufmerksam, in seiner antreibenden, temperamentvollen Art:

„In Tschepetowka stehen 200 Waggon. An der Bahn.“

Der Generalstabschef bestritt solche Einzelheit nicht. Er wußte auch, daß am Dnjepr Getreide läge. Und Kohle im Donezgebiet. Aber er brauchte einen Monat allein



dazu, um die Kohle aus dem Donezgebiet an den Dnjepr zu schaffen. Dann erst konnten, wenn sonst keine Hindernisse waren, die ersten Ladungen am Dnjepr flott werden. Die Einzelentdeckungen des Grafen Czernin bedeuteten kaum einen Tropfen. Der Generalstabschef brauchte allein 220 Waggons Getreide täglich für die Armee. Ungarn lieferte wenig; einzelne Gegenden hatten zwar selbst Knappheit; aber aus keiner der anderen Gegenden war etwas herauszubekommen. Ungarn teilte nicht. Wenn Verhungerte an den Grenzen einige wenige Kartoffeln im Rucksack schmuggelten, lieferte die ungarische Gendarmerie Feuergefächte gegen Knaben und Greisenweiber. Oesterreich-Ungarn hatte auch keine Lokomotiven mehr. Selbst in Deutschland begannen die Bahnen an Leistungsfähigkeit stark nachzulassen, das rollende Material war abgenutzt auch dort, der deutsche Nachschub verlief gleichfalls nicht mehr ohne Reibung. Oesterreich-Ungarn besaß im ganzen noch 14 000 Lokomotiven. Aber nur 5000 davon vermochten — mit stöhnendem Räderwerk — noch zu fahren. Oft waren die Lokomotiven für die Ukrainetransporte bereitgestellt. Aber dann fehlten die Waggons. Oft standen die Waggonparks mit den Lokomotiven da. Dann fehlten die Kohlen, um das Getreide zu den Mühlen zu fahren. In Oesterreich fehlte das Brot, nirgends gab es Fleisch. Den Kampftruppen waren 200 Gramm für die Woche und den Mann zugebilligt, die Grammzahl für das Hinterland betrug 100. Aber nicht immer bestand die Sicherheit, daß die Ziffer eingehalten werden konnte. Die Minister gaben der Heeresleitung alle Zusagen. Nie wurden die Zusagen über die Hälfte, über ein Drittel, nie zur rechten Zeit erfüllt. Bei den Ministern beschwerte sich der Chef des Generalstabes Baron Arz bisweilen unverblümt:

„Wenn Sie es nicht leisten können, müssen andere Leute her“ — —



Aber die Dinge verschleppten sich dennoch. Die Minister arbeiteten lässiger, als der Ernst der Umstände entschuldigte. Vorläufig lebten sie von der Hoffnung auf die Ukraine. Auch Baron Arz hatte die Anfälle von Energie nur als gelegentliche Anwendung. Uebrigens begann er aus der Ueberzeugung kein Hehl mehr zu machen, daß der Krieg im ganzen nur Unsinn darstelle.

Die Fronten standen noch fest; nahezu überall weit vorgeschoben in feindliches Gebiet. Im Hinterlande wurde die Herausschaffung des Ersatzes an Mannschaften und die Ausbildung der Truppen noch eifriger, als sonst betrieben, aber auch hier zeigten sich Reibungen und Schwierigkeiten größer, als irgendwann zuvor. Es wurden nicht nur in Oesterreich-Ungarn, das selbst schwächere Männer von der Dienstleistung nicht mehr ausschalten konnte, jäh die Grenzen sichtbar, bis zu denen überhaupt die „Menschenreservoirs“, die der Kampf verbrauchte, auf absehbare Zeit noch nachgefüllt werden konnten. In Deutschland hatte der General Ludendorff schon dem Reichskanzler Michaelis erklärt: „Ersatz fängt an, knapp zu werden.“ Und Ende 1917 hatte der Generalquartiermeister bekannt, daß er nach Weihnachten und zum Frühjahr 1918 mit ausgesprochenen Schwierigkeiten im Ersatz der Truppen rechnen müsse. Vom bayerischen Kriegsminister war das Bild, das von Ludendorff entworfen war, noch dahin ergänzt worden, „daß er vom Frühjahr an gewisse Formationen aus Mangel an Ersatz nicht komplettieren könne“. Dem Könige von Bayern aber meldete, kaum daß der Frühling um war, ein Flügeladjutant: „die Frontstärken seien geschwunden; die Divisionen wiesen nur mehr die Ziffern von kriegsstarken Brigaden auf. Es handle sich um Papierdivisionen.“ Lücken wurden spürbar; vier Jahre hatten furchtbar in der Menschenmasse der Mittelmächte ge-



wüstet. Alles mußte, alles wollte man jetzt tun, um durch Ausbildung zu ersetzen, was durch Zahlen nicht mehr zu erbringen war.

General Ludendorff hatte selbst freilich, was Deutschland betraf, mit seinen lebhaften Bestrebungen, „die Stimmung für Kriegsfreudigkeit zu heben“, allmählich einen Geist unter den jungen und jüngsten Nachwuchs des deutschen Volkes getragen, der den Absichten des Generals so ziemlich unmittelbar widersprach. Sein Stimmungsprogramm war, der Industrie und der Arbeiterschaft möglichst viele Gewinne zuzuführen. Aber gerade die jungen Arbeiter der Munitionswerkstätten, deren Einkünfte ihnen im Gegensatze zum vielentbehrenden Mittelstande jeden ungewohnten Luxus und eine für alle bisherigen Begriffe beispiellose Lebenshaltung gestattete, gerade die jungen Arbeiter hatten für Staat und Staatswohl nichts mehr übrig. Sie zogen dem Frontdienst die Arbeitszeit in den Fabriken vor, denen die Zeit der Zechgelage folgte, die Jüngsten unter den Jungen schätzten die Abenteuer mit gutgespickter Börse mehr als die ruhmreichsten Abenteuer vor dem Feind. Sie murrten, als Ludendorffs Ersatzsorgen sie aufstörten. Sie zogen in Bayern schon im Frühjahr 1918 nur mehr unter Tumulten zur Front. Sie trugen die Unzufriedenheit zu den Kameraden hinaus. Und noch mehr als die Unzufriedenheit. Heimkehrer aus dem bolschewikischen Rußland hatten die neuen Ideen des Ostens mitgebracht. In Brest Litowsk waren Trotzki sowohl, als auch Joffe, Tag um Tag, wenn der Berliner Schnellzug einlief, zu den Kiosken nach Zeitungen geeilt: dem Staatssekretär von Kühlmann gab Joffe zu, daß er und der Außenminister den Ausbruch der Revolution täglich erwarteten. Jetzt aber saß der Sowjetabgesandte Joffe, der überdies dem Grafen Czernin mitgeteilt hatte: „Ich hoffe doch, daß es uns gelingen wird, auch bei Ihnen die Revo-



lution zu entfesseln“, als Botschafter der Sowjetregierung in Berlin. General Hoffmann hatte auf die Gefahr hingewiesen, hatte den Vorschlag gemacht, dem neuen, nicht ganz sicheren Botschafter den Sitz zunächst im Hauptquartier anzuweisen. Ein Ausweg war gewiß schwierig. Der Sitz des russischen Vertreters wurde Berlin: jetzt hatte die russische Propaganda freien Kanal. Vielfach ging die deutsche Arbeiterschaft, von reichem Heimatstisch, als sie je gewohnt, bolschewistisch in Gefahr und Drangsal der Front. Verstimmt hörte schon im Frühjahr 1918 der Staatssekretär die Versicherung eines höheren Artilleriekommandeurs: „Die Armee ist absolut rot“ — —

Immerhin hielt die Truppen im deutschen Hinterlande noch eine unerbittliche, eiserne Zucht, die Auflehnungen nicht nur niederschlugen, vielmehr auch zu verbergen wußte. Vielleicht waren eine Revolte in Brest, deren Anführer dem Tode verfiel, ein Aufruhr mit mehr äußerem Lärm, bei dem die Mannschaften ziellos aus den Fenstern ihrer Züge schossen, zugleich mit Unruhen bei einem Tilsiter Transport, dessen Leute dort die Läden plünderten, überhaupt die einzigen Zwischenfälle von einigem Ernst gewesen. Noch bedeutete Auflehnung seltensten Einzelfall. Indes mühte sich der Kommandant der Hinterlandstruppen in Oesterreich-Ungarn, neue, vernünftige Erziehungssysteme auszuarbeiten, die den Wert der Rekrutenmannschaften steigern konnten. Unstimmigkeiten mit der Obersten Deutschen Heeresleitung hatten noch im Ablauf der Brussilowoffensive im Jahre 1916 dazu geführt, daß der Generaloberst von Pflanzer-Baltin — im Kriege mit den Russen einer der tüchtigsten Heerführer — von seinem Posten als Armeekommandant zurücktrat. Jetzt sollte er, der im Kriegsanfang sein großes Organisationstalent in der Bukowina bewiesen hatte, die Truppenausbildung überall im Hinterlande leiten. Er bestimmte jedem Mann, ehe



er an die Front sollte, eine Schulzeit von zwölf Wochen. Er schickte die Lehrer heim, die bisher den Offizieren des Ruhestandes entnommen waren, er ersetzte sie durch Stabsoffiziere, die selbst den Krieg im Feuer erlebt und Wunden davongetragen hatten. Von vier zu vier Wochen sollten in drei Kursen die Fähigkeiten der Rekruten sich steigern. Sie sollten sich vom zweiten Kurse an von ihren Offizieren nicht mehr trennen, die mit den Mannschaften an die Front gehen würden. Aber das System des Generalobersten Pflanzer-Baltin, der Erfolge erst nach geraumer Zeit hätte feststellen können, zeigte nur die Werte einer Theorie. Indes er erzog, indes er die Hinterlandstruppen in Zucht halten wollte, schlugen unter ihnen die Meutereien wie Brände empor.

An vielen Stellen der österreichisch-ungarischen Monarchie flammten sie im Frühjahr 1918 schon. Slowenische Mannschaft schoß im steierischen Judenburg ihre Offiziere nieder. Bolschewikische Exzesse rasten durch die alte Stadt. Die Slowenen zogen sich dann in die Berge der Umgebung zurück. Sie warfen Schützengräben auf. Verlässliche Infanterie rang endlich die Meuterer nieder. In Steiermark griff die Auflehnung wirklich wie Feuer um sich. Rebellierende Soldaten stürmten in Murau und Radkersburg fast um die gleiche Zeit die Bahnhöfe, die sie nicht wieder herausgeben wollten. Die Maschinengewehre arbeiteten gnadenlos. Den Fünfkirchener Bahnhof in Ungarn stürmte, wieder unter Maschinengewehrschlachten, ein Regiment aus ungarländischen Serben. Tschechen aus der Pilsener Gegend verweigerten im böhmischen Rumburg den Gehorsam, ihre Entwaffnung gelang schwer, viele flüchteten mit den Waffen schließlich über die nahe sächsische Grenze. In Budapest wollte Infanterie — das ungarische 32. Regiment — nicht mehr an die Front. Sie gehorchte spät: unter Eskorte. Bis tief in den Südosten



des Reiches griff der Wille des Aufruhrs. „Grüne Kaders“, verheerende Horden, die dort durch Land und Wälder zogen, bedrohten die Eisenbahnschwellen, über die der Hofzug Kaiser Karls auf der Rückfahrt von Konstantinopel mit anbefohlener, beängstigender Schnelligkeit raste, um nur so einem Anschlag auf den Zug zu entgehen. Hunger peitschte die Soldaten auf. Sie wollten nicht mehr hinaus, um zu sterben. Selbst im fernen Mostar in der Herzegowina meuterte ein Bataillon. Und plünderte.

Heimkehrer aus Rußland wiegelten indes die Rekruten auf. In schwergetroffenen Gebieten, durch die der Krieg mit Rückmarsch und Vormarsch, mit Russen und Deutschen, mit Oesterreichern und Ungarn dreimal und viermal gegangen war, fanden sie nur die Trümmerstätten ihrer Dörfer. Ihre Häuser standen nicht mehr. Sie fanden ihre Weiber nicht mehr. Irgendwann, als die Völkerhorde vorüberstampfte, waren sie erschossen oder vergewaltigt worden. Die Weiber hatten die Männer in Sibirien, im Ural, im Kaukasus wohl auch vergessen, sie lebten mit fremden Männern, als die Heimkehrer kamen. Im Rest der Monarchie hungerten jetzt die Ankömmlinge. Sie waren aus der Gefangenschaft zwar eben erst zu Hause angelangt, aber neuer Dienst forderte sie schon wieder ein. Sie gaben aus Enttäuschung, aus Entbehrung, aus Haß gegen das Zuständliche, das um sie her war, erbittert unter die Kameraden weiter, was sie in Rußland an Ideen aufgenommen. Die Ausbildungs-offiziere und Reorganisations-offiziere versagten. Sie wußten die Widerspenstigen nicht mehr zu behandeln. Die Mehrzahl der Truppen im Hinterlande gehorchte immerhin noch. Berichte der Truppeninspektoren aus Südostungarn und Siebenbürgen, aus Oberungarn, selbst aus Mähren und Böhmen, natürlich aber aus Tirol und Salzburg sprachen noch im Mai von Eindrücken der Zufriedenheit. Aber schon war es eine Zu-



friedenheit, die sich mit dem Fehlen tatkräftigen Widerstandes begnügte. Gegen den lautlosen Widerstand, der häufig war, wagten die Offiziere kein Wort mehr. Die Truppen folgten den Befehlenden, wenn nicht allzu große Zumutung an sie gestellt wurde, denn sie fanden keinen Sinn darin, etwas jetzt dagegen zu tun. Aber sie begannen, keine Soldaten mehr zu sein. Die russischen Heimkehrer, von denen man sich in ungelöstem Zweifel fragte, ob man sie besser gleich an die Front schicken oder erst im Hinterlande zur alten Disziplin bringen sollte: die Heimkehrer predigten in jedem Falle von bolschewikischer Zukunft.

Und die Zeit der zügellosen Desertion war in jenem Abschnitt des großen Krieges angebrochen. Leute, die auf Urlaub aus den Kampflinien gekommen waren, fanden den Weg zur Front nicht mehr zurück. Das Hinterland veränderte ihnen in wenig Wochen Art und Weltauffassung. Sie fanden die merkwürdigsten Auskünfte, um sich der Front zu entziehen, sie fälschten ihre Urlaubsscheine und suchten mit den falschen Scheinen, wenn der Urlaub um war, draußen im Kampfbereich Regimenter, von denen sie genau wußten, daß sie an andere, weitentfernte Kampfabschnitte geschickt worden waren. Jetzt reisten sie dem Regiment nach, das sie durch Monate nicht anzutreffen verstanden. Sie fuhren kreuz und quer durch die Etappenräume, in denen sie allerlei geldbringende Geschäfte mit den Offizieren zu vermitteln wußten. So griffen die Offiziere selbst nur selten ein. Sie schickten in Deutschland an den Ersten Generalquartiermeister Ludendorff, in Oesterreich-Ungarn an das Armeeoberkommando gefärbte, unwahre Berichte. Die Oberste Deutsche Heeresleitung, der man sonst Mangel an Tatkraft nicht nachsagen konnte, vermochte hier so wenig Ordnung zu schaffen, wie die Badener Oberleitung. Zwischen Westfront und Ostfront



fuhren schließlich viele Zehntausende von Urlaubern hin und her, zielvoll nur in den Richtungen ihres neuen, geschäftlichen Erwerbs; im Raume der Monarchie gingen die Reisen unablässig zwischen Ukraine und Italien, zwischen Italien und Balkan. Rekruten, die man zur Fahne gerufen hatte, zogen hundert Verstecke vor, die allmählich eine gewisse Sicherheit boten. Die Polizeibehörden begannen sie widerwillig zu suchen. Fast alle Patrouillen kamen von ihren Püschgängen unverrichteter Dinge zurück. Einmal riß den Kommandanten die Geduld. Sie setzten in Galizien weitläufige Streifen an, quer durch die Felder. Beträchtlich wurde nur der Feldschaden; die Deserteure hatte die Bevölkerung verborgen. Vielleicht war nach Böhmen, wo die Großgrundbesitzer nach der Arbeitskraft von Erntekompagnien riefen, weil sie sonst nichts liefern könnten, die Erntekompagnien aber sich lichteten, weil sozialistische Mahnungen den Mannschaften abrieten, für den Großgrundbesitz zu arbeiten, — die Soldaten entliefen also auch hier —, vielleicht war Galizien damals nach Böhmen der bedenklichste Raum der Monarchie. In Krakau hatte die Bevölkerung im Januar 1918 einen deutschen Offizier auf der Straße geschlagen. Sie hatte die Bilder des deutschen Kaisers und des Kaisers von Oesterreich verbrannt und Jubelrufe auf die Siege der Gegner ausgebracht. Von Wien war Weisung gekommen, über die Vorgänge Vergebung zu breiten. Zwei Monate später, als neue Unruhe in Krakau aufschlug, kam an die Militärpolizei gleiche Wiener Weisung. Jeder mann in Galizien begann zu spüren, jeder gab es dem andern zu verstehen, daß dies Land zu Oesterreich-Ungarn gar nicht mehr gehöre. Das neue Königreich Polen spukte in aller Köpfe. Die Rekruten dachten nicht mehr an Dienste für die Monarchie, die polnischen Behörden halfen ihnen, die Streifkompagnien kamen leer in die Kasernen



zurück. Zehntausende von Deserteuren fuhren auch in Oesterreich-Ungarn umher, Zehntausende versteckten sich.

Selbst das Landsknechtthum, das noch am Ende des rumänischen Feldzuges, noch im Vormarsch durch die italienische Ebene die Art und Farbe des deutschen, des österreichischen und ungarischen Soldaten dargestellt hatte, das wilde Fahren durch alle Welt mit lärmenden Sitten, Nacht um Nacht anderwärts, vorbei an verlassenen, gefüllten Kellern, deren Fässer man in Uebermut verströmen ließ, vorbei an verlassenen, reichen Villen, deren Hausrat die Siegertrupps, da sie ihn doch nicht mitschleppen konnten, im Uebermut auf die Straße warfen: selbst das verwilderte, landsknechtische Selbstbewußtsein, das immer gewohnt war, den Feind vor sich herzu-jagen und in Beute zu wühlen, begann sich rasch in Abmattung, Müdigkeit, in Gereiztheit oder Zersetzung umzufärben, wenn die Urlauber ins Hinterland gekommen waren. Dort traf sie nicht nur die Stimmung der Verzweiflung, die den Krieg nicht länger ertragen zu können glaubte; dort trafen sie nicht nur die Kameraden, die aus solcher Stimmung zu neuen, kommenden Kämpfen ausgehoben waren, weil ihnen Geschicklichkeit im Sich-verstecken versagt blieb; dort wartete nicht nur mit Armut und Entbehrung ein Hausstand, der mitten unter übermäßig reichen Gewinnern am Kriege an allen Gliedern bitter litt; und dort riefen sie nicht nur die freier gewordenen Stimmen an, die ihre Kritik der Zustände herber, gefahrloser und aufreizender übten, als bisher, wobei sie, vorerst freilich heimlich, auch von der neuen Weltordnung der Klassen sprachen, die in Rußland schon gekommen war und irgendwie auch anderwärts kommen mußte: im Hinterlande wartete vor allem ihrer auch die Politik — —



Es war schon im Frühsommer 1917 gewesen, daß Kaiser Karl von Oesterreich in einer Zeit der militärischen Erfolge, als das Reich sicher stand, als die Hoffnung auf nicht allzu schlechten Kriegsausgang noch bei vielen war, seine Völker mit dem Erlaß einer Amnestie für politische Vergehen bedacht hatte. Die Milde des Kaisers, dessen verantwortliche Ratgeber zum Teil von dem Schritte nichts zu wissen behaupteten, war kein spontaner Drang gewesen: drohende Bedrängnis und Sorge vor anklägerischen Stimmen der eigenen Völker, zum Schlusse ein wilder, verzweifelter Versuch, angesagte, schwere Stürme vielleicht doch durch Sanftmut zu beschwören, hatte den Akt geboren.

Im Reichsrat waren die österreichischen Volksboten wieder versammelt worden. Hatte im Kriege der konstitutionelle Kaiser Franz Joseph zur Mitarbeit überhaupt nicht zu rufen gewagt; er hatte radikale Forderer der einzelnen Gruppen gefürchtet, auf die er nicht hören durfte; und wenn er selbst auf die Anhänglichkeit und Verlässlichkeit der breiten Massen, wenigstens bis zu bestimmten Grenzen, sich verlassen zu können glaubte, so fürchtete er doch allzu unüberlegte Rufer, Mahner und Richter, fürchtete Verlegenheiten durch sie, die im Kriege — da einmal Krieg war — nur Unheil stiften konnten. Von Kaiser Franz Joseph war der Reichsrat nicht gerufen worden. Allerdings hatte der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgh sich mit der Zeit aus der Besorgnis des alten Kaisers und aus seiner Scheu, mit dem Reichsrat die Geschicke der Monarchie zu beraten, ein Gewaltregiment zurechtgezimmert, das kaum das Metternichsche Oesterreich gekannt hatte. Als der Ministerpräsident von der Kugel des Sozialisten und Schriftstellers Friedrich Adler fiel, trat unwillkürlich überall im Lande eine Entspannung ein, die selbst dem Mörder das



Leben rettete. Diese noch nach Franz Josephs Tod anhaltende Entspannung hatten der junge Kaiser oder seine Ratgeber benützen zu sollen geglaubt: vielleicht war jetzt der Augenblick gekommen, da die Völker des Reichs über ihr Schicksal im Volkshause trotz Kriegszustandes wieder mitreden durften.

Die Verworrenheit des Völkerproblems durchschaute Kaiser Karl kaum; oder kaum ganz. Die Not einer Lösung war da. Konnte aber die nationale Erfüllung und Befriedigung nicht ganz und nicht mit unbedingter Gewißheit des Glückens, nicht mit unbeirrten, festen Griffen durchgesetzt werden, die jedem sein Recht gaben, so war es gleichwohl besser, das Problem überhaupt nicht anzurühren.

„Spielen Sie nicht mit den Kroaten, Majestät“ — —

Marschall Conrad von Hötzendorf, außer Stephan Tisza der einzige, der, was er für Wahrheit hielt, auch vor dem Kaiser nicht umfärbte, hatte ihn oft und oft gewarnt. Die südslawische Frage, um die der Krieg entbrannt war, die südslawische Frage, die Oesterreich sicherte oder gefährdete — je nachdem —, sie drängte vor allem, sie mußte vor allem geordnet werden. Auch gegen Ungarn, das für sich keine Nationalitätenfrage zu kennen vorgab, die Zerrungen der österreichischen Völker ungerührt mit ansah, höchstens die Niederzwingung der unbequemen Tschechen durch das deutsche Element in Oesterreich verlangte und Tag um Tag nur von der „Integrität“ des Königreiches sprach: auch gegen Ungarn und den Magyarenapostel Stephan Tisza. Der Kaiser sah dieses Problem und seine Gefahr im wirklichen Kern. Oder er sprach richtig nach, da er im Juli 1917 einem seiner Minister zurief:

„Wir werden die Südslawenfrage lösen; oder wir werden zugrunde gehen“ — —

Aber er fand dennoch keine Lösungen, die rechtzeitig



sein konnten. Er dachte vor allem an menschlich gute Wirkung und an Volkstümlichkeit, er gab statt der Lösungen Scheintaten, die bedenklich waren: der Reichsrat sollte wieder tagen. Wenn er die wahrhaften, großen Probleme der Monarchie nicht ganz und gründlich ins Reine zu bringen wagte, dann mußte freilich auch jede Möglichkeit ihrer Aufrollung vermieden werden: und gerade der Reichsrat rollte sie natürlich auf. Vielleicht war darum jetzt erst recht die Zeit, mit „Oktroys“ weiterzuregieren, mit milderer, sinnvollerer „Oktroy“, als bisher. Mit „Oktroys“ ohne Reichsrat: wenn man schon dem großen österreichisch-ungarischen Umbau, der einmal unvermeidlich war, jetzt scheu aus dem Wege ging. Allerdings stand gegen jedes „Oktroy“ ein verantwortlicher Berater auf: der Graf Czernin. Die Stockholmer Sozialistenkonferenz, die für den Frieden arbeitete — im Frühjahr 1917 — werde von Wien aus mitbeschiedt; sie könnte sogar von Wien aus geleitet werden. Auf die Kriegführenden vermöchte ein Druck von unten geübt werden, und dies sei nicht der Augenblick für innerpolitische Regelung durch „Oktroys“. Zum 30. Mai wurde durch kaiserliches Patent vom 26. April 1917 — der Reichstag gerufen — —

Drei Jahre lang hatten, seit dem 13. März 1914, die Führer der Völker Oesterreichs schweigen müssen. Nunmehr gab der Kaiser ihre Stimme frei: sie dankten ihm nicht, sie haßten ihn und sein Haus, sie wollten fort von Oesterreich, in dem sie die letzte Selbständigkeit ihres Volkes nur unterdrückt nannten. Längst hatten sie, soweit sie es vermochten, das habsburgfeindliche Tschechentum organisiert, mit vorsichtigem Spähen nach einer Wahrscheinlichkeit des Kriegsausganges, der den Tag der Freiheit auf jeden Fall bringen mußte, aber die Freiheit selbst auf verschiedene Art bestimmen konnte. Nichts



Nützliches hatten sie versäumt. Tschechische Komitees saßen in neutralen Ländern, ständig in heimlicher Verbindung mit dem Gegner, unterirdisch liefen, nie nachweisbar, die Fäden bis zu den neuauftauchenden „tschecho-slowakischen“ Truppen, die nach und nach bei den Russen, wie bei den Italienern fochten. Vielfach war die Spionage, die harmlose Wege über die Schweiz fand. In London und beim Präsidenten der Vereinigten Staaten, der auf solche Art seine Hauptkenntnisse über das ferne, fremde Land Tschechien, wie überhaupt über die Zusammenhänge des abgelegenen Oesterreich-Ungarn schöpfte — man wußte darüber selbst im benachbarten Deutschen Reich nicht gerade genau Bescheid —, überall im Auslande warb der leidenschaftliche, an Bildung tiefe Professor Massaryk, stets genau unterrichtet über die Vorgänge in der Heimat, stets mit geheimem und offenem Zuruf an die Heimat, um Gunst und Zukunft für seine Landsleute. Die zu verwegener Hoffnung Ermunterten blieben indes bei kluger Vorsicht. Mit ihren Parteigängern besprachen, berieten sie, da sie im kaiserlichen Ruf nach Konstitutionalismus nicht Milde oder Güte, sondern Schwäche sahen, das Mindestmaß an Forderung und Sprache, mit dem sie, als Kaiser Karl wirklich die Volksvertreter in den Wiener Reichsrat holte, öffentlich dort sich zeigen konnten. „Im Namen des tschechischen Verbandes“ rief in der Deklaration vom 30. Mai 1917 der Tschechenführer Stanek bei der Reichsratseröffnung den Herrscher und Staat, den Kaiser-König und Oesterreich-Ungarn an:

„Die Delegation des böhmischen Volkes ist von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen, daß die gegenwärtige dualistische Form, zum offenbaren Nachteil der Gesamtinteressen, herrschende und unterdrückte Völker geschaffen hat und daß behufs Beseitigung jedweden nationalen



Vorrechts und Sicherung einer allseitigen Entwicklung eines jeden Volkes im Interesse des ganzen Reiches, sowie der Dynastie die Umgestaltung der habsburg-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten nationalen Staaten unbedingt notwendig ist. Indem wir uns daher in diesem geschichtlichen Moment auf das natürliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung stützen, ein Recht, das zu alledem bei uns noch bekräftigt ist durch unverzichtbare, historisch, durch Staatsakte voll anerkannte Rechte, werden wir an der Spitze unseres Volkes die Verbindung aller Stämme des tschecho-slowakischen Volks zu einem demokratischen Staat anstreben, wobei nicht jener tschecho-slowakische Stamm außer acht gelassen werden kann, der zusammenhängend an den historischen Grenzen unseres böhmischen Vaterlandes lebt.“

Noch war der Sieg der Waffen unentschieden, vielmehr die Waffen noch unkenntlich, denen zum Schluß der Sieg sich neigen konnte. Noch hielt die Deklaration an gemeinsamem Reichsboden, an gemeinsamer Dynastie nach außen fest. Die Forderung war: der habsburgische Föderativstaat. Aber wer die Worte der tschechischen Deklaration genau las, auch im Sinn und Wollen genau, sah trotz der Loyalitätsversicherung für Reich und Herrscherhaus doch die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung. Die Deklaration sagte der dualistischen Grundlage der österreichisch-ungarischen Monarchie den Kampf an. Sie forderte für den kommenden tschechischen Bundesstaat „jenen tschecho-slowakischen Stamm“, „der zusammenhängend an den historischen Grenzen“ Böhmens wohnte: die ungarischen Slowaken. Die Forderung war der Kampf mit Ungarn bis aufs Messer. Die „Krone des heiligen Wenzel“, auf die sich die ersten Sätze der Deklaration beriefen, stand gegen die „Krone des heiligen Stefan“, die beide der



Kaiser Karl trug. Die Deklaration sprach vom „tschechoslowakischen Volk“ und von den „historischen Grenzen unseres böhmischen Vaterlandes“: sie forderte für den kommenden Bundesstaat also auch den Stamm der Deutschböhmen ein. Die Worte der Erklärung wahrten noch Aeüßerlichkeiten eines Staatszusammenhanges. Ihr Inhalt war in den abgezeichneten Grenzen eine Utopie. Es war der Kampf der Tschechen, Ungarn, Deutschen gegeneinander. Vielleicht wurden auch noch die Polen darein verwickelt. Die Führer der Tschechen gaben ihr Programm mit Vorsicht. Dennoch deutlich.

Sie nicht allein. Der tschechischen Deklaration schloß sich eine jugoslawische Deklaration mit gleicher Bundesstaatsforderung an. Der „Südslawische Klub“ sprach selbständig, er brauchte die Tschechen nicht. Mit den Habsburgern, mit dem Gesamtstaat meinte er es ehrlich. Aber auch hier wirkte die Reichsratseinberufung mit unerwarteter Richtung. Mutig gemacht, verlangten auch die Südslawen „die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherrschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper unter dem Zepter der habsburgisch-lothringischen Dynastie“. Die Polen konnten die Deklationen kühl aufnehmen. Sie sahen ihr selbständiges Königreich gesichert. Aber mit nationalen Ansprüchen meldeten sich auch die Ukrainer. Eben die Selbständigkeitserklärung der Polen hatte eigentlich den Anfang für mögliche Wünsche aller gemacht. Jetzt regierte man — dies sahen alle — in einem Zeitalter der Sanftmut und Vergebung. So meldeten sich auch alle: das war das überraschende Ergebnis des neuen Parlamentarismus. Die Völker antworteten dem gewährenden Kaiser mit fordernden Deklationen. Sie antworteten offen im Reichsrat — —



Der Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz hatte ihn überdies allzu schnell, in den Vorbereitungen übereilt, mit den Formen parlamentarischer Regierungsarbeit kaum vertraut, dem Kaiser einrichten geholfen. Graf Clam hatte sich weder mit den Parteien besprochen, noch sich um eine Mehrheit bekümmert, mit der er hätte regieren können, und auch der Protest der Tschechen, der ihm den Kampf ansagte, wurde ihm erst eine Dreiviertelstunde vor der Reichsrateröffnung bekannt. Er hatte vor seiner Eröffnungsrede in fast literarischem Studium gesessen, das selbst die dringenden technischen Notwendigkeiten jedes Regierungsapparates übersah. Er war mehr über seine Weltfremdheit, die er im Weltkriege vom Präsidentenstuhl seines Kabinetts zeigen durfte, mehr über die ungenügenden Vorarbeiten zur Reichsratseinberufung gestürzt, als über sein patriotisch gedachtes Programm, dem nicht ausnahmslos alle lebensfähigen Keime damals schon erstorben waren. So löste ihn der Ackerbauminister seines Kabinetts, Ernest von Seidler, am 26. Juni 1917 ab.

Wenige Tage nach dem Ministerwechsel trat der Kaiser eine Reise an. Er hatte dem Könige von Bayern nach München, wo er am letzten Junitag auch eintraf, überdies dem König von Württemberg seinen Besuch angesagt. Fast unmittelbar vor der Abreise des Kaisers, den sein Minister des Aeußern Graf Czernin und sein Kabinettsdirektor Ritter von Polzer begleiteten, eröffnete bestürzt der neue Ministerpräsident, daß die Parlamentsmehrheit beschlossen hätte, den in der reichsratlosen Zeit durch das absolutistische Auskunftsmittel des „Paragraphen 14“ in kaiserlichem Namen erlassenen Regierungsverfügungen die übliche, nachträgliche „Indemnitätserklärung“ zu verweigern. Stürme zogen wirklich herauf: allen in der Kriegszeit gefällten Strafurteilen, ihnen vor allem, sollte damit



die nachholende Bestätigung durch den Reichsrat versagt werden. Zahlreich waren die Kriegsurteile. Viele saßen hinter Kerkermauern; auf der Richtstätte hatten viele geendet. Bisweilen mochte die harte Justiz der Kriegsjahre geirrt haben. Aber selbst wenn sie niemals geirrt hatte: von vernichtender Wirkung mußte sein, was die Prozesse anrühigen Materials, wenn sie abermals aufgerollt würden, in jedem Fall vor aller Oeffentlichkeit, für Inland und Ausland gleich sichtbar, an die Oberfläche tragen mußten.

Der Kaiser reiste in schwerer Erregung. Ratschlag wußte im Augenblick niemand, auch begehrte ihn der Kaiser nicht. Den Beschluß zu weitreichender Amnestie faßte er in seinem Salonwagen allein. Nur ein Gnadenakt schien ihm offene Möglichkeit, all das Unerwünschte, all das Bloßstellende ertrotzter Prozeßaufrollungen durch Vergebung in Versunkenheit zu belassen. Er rief seinen Kabinettsdirektor Ritter von Polzer. Dem als Befreiung gedachten und vorgebrachten Gedanken stimmte der Graf sofort ohne Einwand zu. Der Kaiser befahl den Entwurf eines Amnestieerlasses. Noch im Hofzuge bearbeitete ihn der Kabinettsdirektor. Dem fragenden Grafen Czernin, der während der Niederschrift im Zuge vorbeikam, verweigerte er Auskunft über Thema und Arbeit. Für sie sei er als erster kaiserlicher Hofsekretär dem Herrscher allein verantwortlich — —

Ueber die Idee der Amnestie zeigte sich nach der Rückkehr des Kaisers der Ministerpräsident nicht weniger entzückt als der Kabinettsdirektor. Er wußte keinen anderen Einwand als etwa die mögliche Mißstimmung der Armee. Aber der Kaiser wehrte ab: „Dem Militär habe ich zu befehlen — —“ Er ordnete an, nunmehr auch alle juristischen Vorbereitungen für den Akt zu treffen. Sodann



wurde — in Laxenburg am 2. Juli 1917 — das Schriftstück unterzeichnet.

Von dem Akte politischer Vergebung hatte der Minister des Aeußern vorher nichts gewußt. Der Pflicht, das Schriftstück an das Ministerium des Aeußeren rechtzeitig weiterzugeben, hatte das Ministerpräsidium sich entweder entzogen oder ein Versäumnis war geschehen. Aber daß der Reichsrat einberufen werden sollte, der dann als erste Frucht neugewährter Daseinsrechte die Amnestie erzwang, hatte der Graf Czernin nicht bloß gewußt: er hatte nach dem Reichsrat ausdrücklich verlangt. Vielleicht sah oder ahnte der Graf Czernin, auch als sie erlassen war, keine Zusammenhänge zwischen Amnestie und Reichsrat. Vielleicht auch erhoffte er von der Stockholmer Sozialistenkonferenz mehr, als er vom Anrühren oder von möglichem Anrühren der Nationalitätenfrage fürchtete. Aber Amnestie, wie Reichsratseinberufung, übten beide ihre Ausstrahlungen sofort.

Urteilkraft in Bezug auf die wahren Verhältnisse des Reiches, denen Kaiser Franz Joseph immer ein mißtrauischer Beobachter gewesen war, hatte freilich weder aus dem zu schnell und ohne Gegenleistung preisgegebenen Inhalt der Amnestie gesprochen, noch aus ihrer Form, die sich in kindlichen Worten an leidgeprüfte und im Leid erwachsene Völker wandte. Der Kaiser hatte unter den Männern, die der Verdacht des Hochverrates oder schon erwiesene Schuld ins Gefängnis geführt hatte, vor allem auch den Tschechen ihre revolutionären Führer wiedergegeben. Weltfremd und noch ein absoluter Herrscher mit volkstümlich lächelndem Antlitz inmitten widerspruchslos sich beugender Umgebung, weltfremd hoffte er, daß er ein so widerspenstiges Volk, wie die Tschechen, wahrhaftig wieder fester an sein Reich und seine Dynastie binden könne, wenn er es durch Großmut rührte. Durch



tatsächliche Zusagen der führenden Politiker und Parteihäupter solche Bindung vorher zu befestigen, den als Notmittel geborenen Gnadenakt auf solche Art politisch und schöpferisch auszuwerten, überlegten weder er, noch sein Premier. In Wahrheit hatte der Kaiser versucht, Auswege aus politischer Bedrängnis durch den Akt der Verzeihung zu finden. Für die Öffentlichkeit hatte er „Reuige“ zu Besserung und ins gemeinsame Vaterhaus „an eines Kindes Hand“ zurückführen wollen; an des Kronprinzen Geburtstag; vergessen hatte er, Gegenwerte von den Beschenkten zu verlangen. So einfach sah er die Struktur seines Reiches, so einfach die Handlungen eines modernen Herrschers. Aber Karl Krammarch, „der ungekrönte König von Böhmen“, dachte so wenig, wie der Rest der Befreiten, daran, nunmehr die Rolle des in Reue Zerknirschten zu spielen, den die Gnade überwältigte. Er und seine Gefährten im Gefängnis arbeiteten, nach Böhmen zurückgekehrt, ungehemmt, jetzt in kaiserlich beglaubigter Freiheit, dort weiter, wo sie aufgehört hatten, als Haft ihren Eifer abschchnitt — —

Die Tatsache, daß man den Reichsrat nach dreijähriger Verabschiedung gerufen hatte, blieb fortan unabänderlich. Zunächst hatte sie Deklarationen und Amnestie geboren. Dem Außenminister erschien sie als Großtat und nicht anders erschien sie dem Kaiser. Aber die Lösung der großen Völkerfragen des Kaisertums war mit Chören von Volksboten nicht angebahnt. Vorläufig waren die Folge bloß Verstrickung und in der Durchführung übereilte Zwangsakte, die die Verstrickung noch verdichteten. Und nur die Verworrenheit des nationalen Streites hatte begonnen — —

All das lag eigentlich schon weit zurück. Ueber ein Halbjahr und mehr: Frühjahr und Frühsommer 1917. Aber die Politik war und blieb seither entfesselt. Das Recht aller auf Politik war freigegeben, — da die Staatskunst versagte.



Die Tschechen warteten nicht lange, um mit ihrer Sprache noch deutlicher zu werden. Erschreckt hatte Kaiser Karl, als die Maideklarationen von allen Seiten auf ihn eindringen, allerlei Zusagen in einer Thronrede als Antwort gegeben: „daß das segensvolle Aufblühen des Verfassungslebens nach der Unfruchtbarkeit früherer Jahre und nach den politischen Ausnahmeverhältnissen des Krieges nicht möglich wäre ohne eine Ausgestaltung der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen des gesamten öffentlichen Lebens, sowohl im Staate, als in den einzelnen Königreichen und Ländern, insbesondere in Böhmen“. Es war, obgleich man selbst die Völker gerufen hatte, damit sie sich meldeten, nunmehr dennoch eine allgemeine Vertröstung auf irgendwann gewesen; eine Vertröstung mit Worten aus altmodischen Kanzleien, gegen die der Ton der Forderer grell abstach. Die Vertröstung verpflichtete zu nichts, denn sie nannte keinen Zeitpunkt. Man glaubte, auch abwarten zu können. Schritt der Krieg günstig zum Ende, hatte man es dann schon selbst in der Hand, so viel oder so wenig zu gewähren, wie man wollte. Man konnte dann die Zwischenfälle der Deklarationen auch ganz vergessen. Genau so dachten die Tschechen: sie warteten den Gang der Ereignisse ab. Und als die Wirkung von Amerikas Eintritt in den Krieg sich immer deutlicher malte, als die Ungunst der Kraftverhältnisse für die Mittelmächte immer klarer hervortrat, als das Hungergespenst durch Oesterreich schlich, als die Versprechungen seiner Gegner an die trotz Amnestie konspirierenden Tschechen sich von Woche zu Woche erhöhten, als die Ueberzeugung endlich für sie wuchs, daß der Sieg auf die andere Seite fallen mußte, als aus dem Fenster von Brest Litowsk die neuen russischen Ideen in alle Welt gerufen wurden: im Anfang 1918 warfen die Tschechen endgültig die Maske ab. Die tschechische „Drei-



königsdeklaration“ vom 6. Januar 1918 verkündete ihren „Standpunkt zur neuen Regelung der internationalen Verhältnisse“. Der Standpunkt des österreichisch-ungarischen Vertreters bei den Friedensverhandlungen von Brest Litowsk — Graf Czernin hatte sich jede Einmischung in die Verhältnisse der Monarchie verboten — wäre nicht die Auffassung der Tschechen. Sie lehnten es ab, „daß die Frage der Selbstbestimmung jener Völker, die bisher keine staatliche Selbständigkeit haben, in einem jeden Staate auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden soll“. Sie hätten sich auf solchem Wege bisher nur verraten gesehen; sie verdammten die Unterdrückung ihres Volks durch die Deutschen Oesterreichs und durch „die Oligarchie einiger magyarischer Adelsgeschlechter“. Sie riefen jetzt offen und für jeden Fall nach internationalem Forum zur Bestimmung ihrer Staatszukunft. Sie sprachen nicht mehr von einem Bundesstaat, der Name Habsburg fehlte in dieser Deklaration. Die Tonart war „bestimmt und klar im Namen des tschechischen Volkes und dessen geknechteten und politisch mundtot gemachten slowakischen Zweiges in Ungarn“. Slowaken und Deutschböhmen wurden nochmals eingefordert. Der „Tschecho-Slowakische Staat“ war geboren und bezeichnet; die Absage an das Haus Habsburg war da, der letzte Schiedsspruch der Alliierten angerufen. Zwei Tage später, am 8. Januar 1918, sagte der Präsident der Vereinigten Staaten seine „14 Punkte“ an.

„Zehnter Punkt: Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden“.

Unmittelbare Zusammenhänge waren nicht festzustellen. Aber die Tschechen wußten jetzt, daß die „Dreikönigsdeklaration“ gebilligt war.



Der österreichische Ministerpräsident Seidler stand jäh in Alarm. Jetzt hatte er mit offenen Rebellen zu tun. Sie riefen schrill ihre Lossage von Oesterreich mitten in die Friedensverhandlungen von Brest. Graf Czernin beachtete sie nicht. Ueberdies hatte er sie, verstrickt in seine Stockholmer Hoffnungen, die keine „Oktroys“ vertrugen, nicht anders vorbereitet, als der Kaiser durch die Amnestie. Der Außenminister hatte auch Sorgen, die ihm — Hungersorgen — dringenderer Art schienen, und hatte er, im Sommer 1917, die nationalen Fragen der Monarchie schon in Wien angerührt, so glaubte er, jetzt auch von Brest her, um wenigstens zu einem Frieden zu kommen, den Ukrainern die erste, tatsächliche Selbstbestimmung bringen zu müssen. Der Ministerpräsident sah den Zwang zu ukrainischer Selbständigkeit ein. Aber über die Tschechen führte er Klage: „Während die Erklärung vom 30. Mai vorigen Jahres einen Charakter trug, der mit den dynastischen und patriotischen Grundbegriffen der Oesterreicher noch in Einklang zu bringen war, sucht man in der Prager Entscheidung vergeblich auch nur einen entfernten Anklang an die dynastisch-gesamtstaatliche Zugehörigkeit. Sie stellt sich gewissermaßen auf den internationalen Standpunkt und ist bereit, zum mindesten am Friedensschluß die internationale Forderung anzunehmen, um die Anerkennung der auswärtigen Staaten zu erlangen. Unsere Feinde können aus ihr die Ermunterung herauslesen, in der Verfolgung der gegen den Zusammenhang unseres Staatswesens gerichteten Grundsätze nicht zu erlahmen. Die Resolution verlangt das Selbstbestimmungsrecht, um entgegen dem gleichwertigen Recht des deutschen Volkes den Sudetenländern unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes volle Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern, sei es bei Oesterreich oder nicht. Die Entschließung läßt eine Auffassung in geradezu staatsfeindlichem Sinne zu.“ Er



fügte hinzu, solch eine Auffassung „wäre verwerflich“. Und „dafür bürgte“ — daß sie verwerflich wäre — „der Wille des Kaisers“. Die Tschechen hatten sich vom Reiche losgesagt, von der Dynastie, vom Bündnis mit Deutschland. Aber die Antwort des Ministerpräsidenten war nur eine verbrauchte Terminologie. Am gleichen Tage, da er die Klagerede über die Tschechen führte — am 22. Januar —, stimmte er mit dem Grafen Czernin der Autonomie der Ruthenen Ostgaliziens zu. Die Gewährung sollte „geheim“ geschehen, obgleich es nicht viel mehr gab, das in jenem Stadium des Weltkrieges in der Monarchie noch geheim gehalten werden konnte. Verworren, ratlos war Oesterreichs innere Situation. Sie drohte dem Abgrund zuzutreiben. Und jedermann währte den Abgrund bereits zu sehen. Man sprach von ihm. Politik des Hohnes, Politik der Verzweiflung war in allen Gassen. Auf die Kraft und Besonnenheit des Kaisers, der kaiserlichen Ratgeber kam alles an. Sie sahen aus Hunger und Innenzwiespalt einen einzigen Ausweg: den Frieden. Aber auch, was mit Oesterreich-Ungarns Außenpolitik zusammenhing, war nicht glücklich im Frühjahr 1918.

Verdruß und Reibung brachten zunächst die schon in Brest Litowsk angetasteten und unmittelbar darauf eingeleiteten Friedensverhandlungen mit Rumänien. Wie ihr Anfang gemacht wurde, konnte für Deutschland nur ein Zwischenspiel des Aergers sein. Deutschland hatte vor allem die Entfernung König Ferdinands vom Throne erwogen. Sein Ueberfall auf die Mittelmächte war gewiß trüber Verrat gewesen. Aber Graf Czernin, der keine Moral, sondern bloß Politik und keine „weiteren Könige auf den Markt werfen“ wollte, weil er den dynastischen Gedanken in Europa schon reichlich erschüttert sah: Graf Czernin hatte eine heimliche Verständigung mit König Ferdinand



gesucht. Indem er sich das Recht selbständigen Vorgehens nicht bestreiten ließ, weshalb er ihm also vorher nichts davon sagte, stellte er Deutschland einfach vor die vollzogene Tatsache. Dies war der erste Verdruß.

Aber auch in den Verhandlungen gingen, wie sehr sich der Staatssekretär von Kühlmann bemühte, vermittelnd einzugreifen, die Meinungen und Wünsche der Mittelmächte, aller vier Mächte des Vierbundes völlig auseinander. Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestand immer noch, da alle Revisionsversuche des deutschen Staatssekretärs an militärischen Forderungen des Großen Hauptquartiers bisher gescheitert waren, das „Kreuznacher Abkommen“ zu Recht. Es gewährte der Monarchie, wenn es in Polen die wichtigeren militärischen Notwendigkeiten des Bundesgenossen berücksichtigte, freie Hand in Rumänien. Erst im Salonwagen, der sie nach Bukarest brachte, hatten sich der Staatssekretär und Graf Czernin noch einmal ihre Brester Verabredung bestätigt, daß der Staatssekretär, für entgegenkommende und ihn stützende Haltung durch den Grafen in Brest, dem österreichisch-ungarischen Außenminister ehrliche Mittlerdienste tun wolle: namentlich in den Grenzberichtigungsfragen für die den Grafen heftig drängenden Ungarn. Eigentlich hatte der Staatssekretär, um zu den zweiten Friedensverhandlungen mit den Russen reisen zu können, in Bukarest um einige Tage später eintreffen wollen. Aber seine Absicht hatte die große Eile abgeändert, mit der die „Oberste Heeresleitung“ den rumänischen Friedensabschluß wünschte, indem sie auf die völlige Machtlosigkeit des besiegten Königreiches hinwies. Jedes Ultimatum müßte von Rumänien angenommen werden. Die deutschen Truppen, die auf seinem Boden stünden, brauche man rasch gegen Frankreich. So wichtig schien der „Obersten Heeresleitung“ der schnelle Friedensschluß, daß der Generalfeld-



marschall von Hindenburg durch Freiherrn von Lersner, den Vertreter des Auswärtigen Amtes im „Großen Hauptquartier“, dem Staatssekretär mitteilte, daß er dem Kaiser seinen Abschied einreichen wolle, wenn der Staatssekretär auch nur um drei, vier Tage später in Bukarest eintreffe.

In Bukarest selbst wurde den Staatsmännern der Kräftezustand und die Stimmung der Rumänen von Generalfeldmarschall von Mackensen und seinem Generalstabschef Hell dann wesentlich anders dargestellt. Das rumänische Heer stehe mit vieler Artillerie in starken Bergstellungen. Französische Instrukturen befänden sich dort seit langer Zeit. Die Erinnerung an Maracesti, an die letzte Schlacht, wäre für Rumänien die Erinnerung an einen ausgesprochenen Sieg. Der Generalfeldmarschall von Mackensen erwarte, wenn die Gegner nochmals zu den Waffen griffen, schwere, im Ausgang sogar zweifelhafte Kämpfe.

Die Nachrichten aus dem „Großen Hauptquartier“ und die Gesamtsituation hatten die beiden Minister noch auf der Reise zu dem Entschluß eines Ultimatums gegen Rumänien bestimmt. In Buftea wurde es auch gestellt: mit merkwürdigem militärischen Hintergrund, da Kaiser Karl von Oesterreich gleich darauf seinem Außenminister depechierte, daß er seinen Truppen unter keiner Bedingung neuen Vormarsch gestatte, und General Hell dazu erklärte, daß die deutschen Truppen allein als zu schwach keinen Vormarsch wagen könnten. Dennoch hatten die Staatsmänner den Erfolg, ihre Forderungen angenommen zu sehen. Ein neues Kabinett, an der Spitze der deutschfreundliche Premier Marghiloman, löste die alte rumänische Regierung ab. Das neue Kabinett wurde aus oppositionellen Mitgliedern gebildet, die dem König bei seiner Flucht nach Jassy nicht hatten folgen wollen. Zwischen Marghiloman und dem Grafen Czernin ging der Staatssekretär von Kühlmann als Vermittler unablässig hin und



her, bis er die Karpathenlinie endlich fand, die beide als Grenze gelten ließen, bis für den Grafen Czernin auch jene Grenzberichtigungen durchgesetzt waren, mit denen sich Graf Stephan Tisza begnügen wollte. Die ungarischen Ansprüche hatte die „Oberste Heeresleitung“ zu hoch gefunden, der Staatssekretär aber die Stimme der deutschen Regierung für die Monarchie eingesetzt.

Die schwerste Regelung blieb freilich noch übrig: die Befriedigung von Türken und Bulgaren. Bulgarien hatte sich zum Kriegseintritt 1915 nur nach einer Grenzverbesserung im Gebiete von Adrianopel und an der Maritza entschlossen. Im Londoner Vertrag von 1912 war den Bulgaren das im Balkankrieg genommene Adrianopel und noch ein Streifen an der Maritza zugesprochen worden. Im bulgarischen Unglücksjahr 1913 hatten sich die Türken Adrianopel dann plötzlich und eigenmächtig wiedergeholt. Auf deutsches Drängen hatten sie 1915 einen sechs Kilometer breiten Saum vom ägäischen Meer herauf an der Maritza, überdies Dimotica und Adrianopels Westvorstadt Karagatsch, an die Bulgaren zurückgegeben, um ihre Bundesschaft den Mittelmächten zu gewinnen. Die Türken verließen sich dabei auf stark betonte, mündliche Berliner Versprechungen: sie würden nicht nur die Abtretung bei Eintritt einer bulgarischen Vergrößerung abermals erhalten; sie würden vielleicht darüber hinaus noch anders entschädigt werden. Und im Winter 1916 hatten sie den Bulgaren mit ihren Soldaten geholfen, die Dobrudscha zu erobern.

Bulgarien begehrte die ganze Dobrudscha. Bulgarien berief sich auf die deutsche Zusage der Wiedererstattung seiner Verluste im Bukarester Frieden 1913. In Potsdam hatte Kaiser Wilhelm, wenn auch der Unterstaatssekretär Zimmermann gleich nach der Unterredung ihre politische Verwertung in Sofia als unzulässig bezeichnete, dem Mi-



nisterpräsidenten Radoslawow die ganze Dobrudscha als selbstverständlich versprochen. Dem Ministerpräsidenten schien das Kaiserwort noch wichtiger, als eine Zusage der verantwortlichen deutschen Politik. Auf alle Fälle begehrt das Königreich jetzt die gesamte Dobrudscha, die Türkei aber außer der Wiedererstattung von Karagatsch und des Maritzatales noch eine ganze Reihe von türkisch bevölkerten Küstenorten am Schwarzen Meer. Bulgarien wußte nichts von den deutschen Versprechungen an die Türkei. Es erkannte sie nicht an. Ihm fühlte sich die deutsche Regierung verpflichtet als den Türken. Mit den Türken indes sympathisierte der Erste Generalquartiermeister. Von dem Chef seiner bulgarischen Abteilung Oberst Mertz in bulgarenfeindlicher Stimmung noch befeuert, stärkte er in Konstantinopel den Widerstand. Dem General hatte Oberst Mertz über Bulgarien schon geraume Weile nur Ungünstiges gemeldet. Zar Ferdinand hatte den deutschen Oberst die Kenntnis davon fühlen lassen. Jetzt sprachen sich die Berichte des Offiziers noch ungünstiger aus. Mit seiner gewichtigen Stimme stand General Ludendorff jedenfalls auf türkischer Seite. Ueberdies meldete er, was die ganzen Verhältnisse noch schwieriger gestaltete, zum rumänischen Friedensschluß zugleich deutsche Lösungen und Wünsche seiner Auffassung an. Die „Oberste Deutsche Heeresleitung“ verlangte Besetzung des rumänischen Bodens auf Jahre hinaus. Ludendorff „schwebte“ am Donau-Ausgang „ein Wirtschaftsgebiet unter deutscher Verwaltung vor“. Als indirekte Kriegsentschädigung sollte der Löwenanteil aus allen Bodenerträgen, an Oel und Erzen Deutschland zufallen. Auch an eine Finanzkontrolle wurde gedacht.

Auf den Vermittlungsvorschlag des Staatssekretärs von Kühlmann, daß Bulgarien sich mit der Süddobrudscha allein begnüge, wenn Rumänien eine größere Barsumme



hinzufüge, vermochte Zar Ferdinand nicht einzugehen. Nichts anderes blieb, als den ganzen Streit zu vertagen. Denn der Konflikt zwischen Türken und Bulgaren begann rauh zu werden. Er drohte dem ganzen Bund der Vier. Eine Weile sah es aus, als müßte er zerfallen. Aber die Angst schuf endlich Auswege. Für alle. Die deutschen Wirtschaftsforderungen wurden energisch herabgedrückt. Von sechsjähriger Besetzung Rumäniens nach dem Plane Ludendorffs war weiter nicht die Rede. Die Ungarn erhielten die gute Hälfte der Grenzberichtigungen. Die Bulgaren die Dobrudscha bis zur Donau. Die Türken, die sich auf eine von Hakki Pascha und dem deutschen Unterhändler von Rosenberg ausgearbeitete Linie schließlich doch fast schon geeinigt hatten, erhielten nichts. Aus Konstantinopel meldete der deutsche Botschafter an das Berliner Auswärtige Amt, daß plötzlich die Türken, in neuer Nackenstärkung durch die „Oberste Heeresleitung“, auch von der „Hakki-Rosenberg-Linie“ wieder nichts wissen wollten. Vorläufig sollte die alte Dobrudscha Gemeingut aller Verbündeten bleiben. Den Bulgaren wurde von Deutschland schriftlich bestätigt, daß sie sofort auch dies Gebiet erhalten sollten, sowie die Türkei zustimme. Für alles wollte man endgültige Regelung später schaffen.

Nur die Angst hatte alle zu vorläufiger Nachgiebigkeit bewogen. Aber aus Bufta, wo die Grundsätze des am 7. Mai 1918 ratifizierten Bukarester Friedens festgelegt wurden, gingen in Wahrheit die Bundesgenossen — das wichtigste Problem blieb ungelöst: die türkisch-bulgarische Verständigung — in schwerer, in den Folgen noch gar nicht absehbarer Verstimmung heim. Rumänien erhielt Besarabien. Der Graf Czernin gab es als Schmerzensgeld. Weder in Besarabien, noch in den an Ungarn abgetretenen Streifen, noch in der Dobrudscha war dabei freilich irgendwer um Selbstbestimmungswünsche befragt worden. Als



Verdienst oder als Entschuldigung konnte der Graf Czernin es sich anrechnen, daß er unter Verzicht auf derlei Hemmung und unterstützt von des Staatssekretärs starker, einsichtiger Mittlerschaft den Bund der Vier gerettet zu haben schien. Ihm mochte vor allem wichtig sein, daß nunmehr aus Rumänien jene Getreidezufuhren einsetzen konnten, die aus der Ukraine immer noch nicht rollten. Rumänien war wirklich imstande, das Aergste an Not abzuwenden. Die Wunden am Körper der Vier konnte die Zeit noch heilen. Da trat der k. u. k. Minister des Aeußeren Graf Ottokar Czernin von seinem Amte plötzlich zurück.

Eine merkwürdige Angelegenheit, wie sie der an überraschenden Zwischenfällen gewiß reiche Weltkrieg bisher noch nicht gekannt hatte, unterbrach jäh die Czerninsche Laufbahn, deren Gefährtin die Volkstümlichkeit gewesen war.

Der Minister hatte das Bedürfnis gehabt, den deutschen Bundesgenossen in einer Wiener Rede am 2. April ostentativ der österreichisch-ungarischen Verlässlichkeit zu versichern. Manches Verstimmende, noch von Brest Litowsk her, war da. Der Vorfrieden von Buftea war vier Wochen alt: einiges schmerzte noch vom rumänischen Verhandeln. Die Erinnerung konnte vielleicht gesänftigt und überhaupt der Vierbund neugenietet scheinen. Aber der Minister, mehr ein Temperament, als ein Denker, mehr nervöser Impuls als ein Wille oder eine Kraft, hatte eine Ungeschicklichkeit begangen: die erste, die sichtbar war an Czernins Tätigkeit. Er hatte eigentlich ohne Not den französischen Ministerpräsidenten Georges Clémenceau schwer gereizt.

„Herr Clémenceau“, hieß es in Czernins Rede vom 2. April, „hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei



mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hiezuh bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln.“ Der französische Ministerpräsident ließ sich nicht ungestraft herausfordern. Er bestritt, Verhandlungen gewünscht oder angebahnt zu haben. Sein entrüsteter, heftig angreifender Ton dabei hatte die Rechtfertigung für sich, daß Graf Czernin, ganz gegen jedes Herkommen auch zwischen kriegführenden Staaten, die Vertraulichkeit geheimer Lösungsversuche — gleichviel, wie sie verliefen, — aller Welt preisgegeben hatte. Zwischen Clémenceau und Graf Czernin spitzte sich die Auseinandersetzung, wer denn als Erster jene Schweizer Unterhaltungen über eine Friedensmöglichkeit angeregt habe, sehr rasch zu. Eine Woche schwirrten die Noten der beiden Gegner mit Anspielungen Clémenceaus noch auf einen zweiten Friedensschritt der österreichisch-ungarischen Seite, den der k. u. k. Minister des Aeußeren — natürlich wäre ihm der Schritt bekannt — nicht leugnen zu müssen vorgab. Worauf von Frankreich her die völlig unerwartete, sensationelle Schlußfeststellung folgte:

„Kaiser Karl ist es, welcher in einem Briefe vom Monat März 1917 mit eigener Hand seine Zustimmung ‚zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen‘ bestätigt hat. Ein zweiter kaiserlicher Brief stellt fest, daß der Kaiser ‚mit seinem Minister einig‘ sei.“

Die Oeffentlichkeit in den Mittelmächten, die Oeffentlichkeit der ganzen Welt war sprachlos. Stimmte die französische Feststellung, so konnte dies das Ende des deutsch-österreichisch-ungarischen Bundes, die völlige



Entfremdung, das Ende der ganzen Koalition der Mittelmächte sein. Solch eine Wendung, wie durch die Mitteilungen Clémenceaus, hatte der Graf Czernin keinesfalls voraussehen können. Ein „Oesterreichisch-Ungarisches Communiqué vom 10. April 1918“ erklärte in Abwehr:

„Zum Ueberfluß sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Herrn Clémenceaus über die brieflichen Aeüßerungen Kaiser Karls vom Anfang bis zum Ende erlogen sind.“

Jetzt ließ der französische Ministerpräsident den angeblichen Kaiserbrief ganz veröffentlichen. Er nannte den Ueberbringer der Briefe: den Prinzen Sixtus von Bourbon, den Schwager des Kaisers. Der Absatz über Elsaß-Lothringen lautete:

„Zu diesem Zwecke“ (um für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes zu verhüten) „und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.“

Ueber Belgien erklärte ein Passus im kaiserlichen Schreiben:

„Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden; es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiermit soll der Frage der Entschädigung nicht vorgegriffen werden.“

Ein „Oesterreichisch-ungarisches Communiqué vom 12. April 1918“ nannte Clémenceaus Kaiserbrief „verfälscht“. Kaiser Karl hätte „seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahr 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt.“ Und über Elsaß-Lothringen habe die Stelle gelaute:



„Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht.“

„Es gibt verrottete Gewissen“, antwortete im „Französischen Communiqué vom 14. April 1918“ der Ministerpräsident Clémenceau. „Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Aeußeren, Jules Cambon, mitgeteilt worden, der eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übergeben hat.“

Clémenceau berief sich noch auf eine Unterhaltung des Prinzen mit dem Außenminister Ribot, überdies auf zwei seiner Freunde, die ohne weiteres „die Authentizität des Briefes“ bestätigen konnten. Das „Oesterreichisch-Ungarische Communiqué“ antwortete kurz:

„Prinz Sixtus von Bourbon, dessen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bekannter Charakter eine Fälschung ausschließt, wurde derselben ebensowenig beschuldigt, wie irgendeine spezielle Persönlichkeit, da vom k. u. k. Ministerium des Aeußeren nicht festgestellt werden konnte, wo die Unterschiebung des falschen Briefes erfolgt ist. Hiermit wird die Angelegenheit als beendet erklärt.“

Dies war am 15. April 1918. Am Tage vorher hatte Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm depeschiert:

„Die Anschuldigungen Clémenceaus gegen mich sind so niedrig, daß ich nicht gesonnen bin, mit Frankreich über die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind meine Kanonen im Westen. In treuer Freundschaft Karl.“

Am gleichen Tage schied Graf Czernin aus seinem Amte.

Niemand in Oesterreich-Ungarn, niemand in Deutschland glaubte, daß der Präsident Clémenceau Unwahres behaup-



tet hätte. Den einen war der Rücktritt des Außenministers nur Bestätigung, trotz der Erklärungen des Wiener Ministeriums; eine kleinere Gruppe meinte, daß der Sturz des Grafen Czernin über die Ungelegenheit erfolgt sei, die er dem Kaiser unnötig verschafft hatte. Aber alle glaubten zu sehen, daß am Hofe des Kaisers Einflüsse spielten, die bisweilen die Arbeit des Außenministers gekreuzt hatten, ohne daß er, der verantwortlich war für die Politik der Monarchie, die Einflüsternden hätte verantwortlich machen können. Im Kampf mit den „Unverantwortlichen“ war Czernin gefallen. Nur er selbst konnte wissen, wie dramatisch der Ausgang seiner Ministerschaft und wie groß oder klein der Anteil der Schuld war, die ihn selbst bei seinem Sturze traf.

Er hatte von der Berufung des Prinzen Sixtus, der, obwohl ein Bruder der Kaiserin von Oesterreich, in der belgischen Armee stand, natürlich gewußt. Wer es hören wollte, erfuhr von dem Grafen Czernin zwar jederzeit:

„Ich habe mich um die Frauen um den Kaiser nie gekümmert. Sie existierten für mich nicht.“

Aber in einem Schreiben des Ministers an Kaiserin Zita vom 17. Februar 1917 hieß es:

„Bei genauer Ueberlegung der Argumente Euer Majestät in meiner heutigen Audienz würde ich den größten Wert darauf legen, wenn der Prinz Sixtus selbst zu Eurer Majestät käme.“

In Laxenburg waren Kaiser Karls Schwäger, die Prinzen Sixtus und Xavier von Bourbon, unerkannt, nach Einbruch der Dunkelheit am 23. März 1917 eingetroffen. Wiederholte, vertrauliche Besprechungen, über Monate verteilt, waren dem Prinzenbesuche in der Schweiz vorangegangen. Mit der Herzogin von Parma, der Kaiserin-Mutter, hatte der Prinz sich dort getroffen. Die Kaiserin selbst hatte die Anregung gegeben. Der Wunsch der Herzogin, daß sie nach langer Trennung ihre Söhne wiedersehen



wollte, der Brief der Kaiserin-Mutter, der an den Prinzen Sixtus mit der Bitte nach dem Wiedersehen abgegangen war, konnte vielleicht wirklich und sollte rein menschlich und unverfänglich erscheinen. Und mit dem Prinzen hatte sich dann im Verlaufe der Verwandtenbegegnung Thomas Graf Erdödy schon im Dezember 1916 über Möglichkeiten von Friedensverhandlungen in Neuchâtel unterhalten. Er sprach schon damals im Auftrage Kaiser Karls, unverbindlich, dennoch als Dolmetsch warmer kaiserlicher Wünsche, dem Krieg ein Ziel zu setzen. Der Prinz war von Neuchâtel nach Paris gegangen, er kehrte in die Schweiz im Januar 1917 zurück, um abermals eine Begegnung mit dem Grafen Erdödy zu haben. Sie erschöpfte sich aufs neue in Gesprächen, die zwar guten Willen im allgemeinen, dennoch weder genauere Richtlinien, noch bestimmte Ergebnisse brachten, um einem Frieden näher zu kommen. Jetzt fand — in der Mitte des Februar — der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Graf Czernin, daß allerdings eine Aussprache mit dem Prinzen Sixtus wesentlich erleichtert würde, käme er selbst zu Kaiser Karl. Prinz Sixtus diente in der königlich belgischen Armee. Aber das französische Ministerium selbst erwirkte für ihn Urlaub beim König der Belgier. Der Prinz reiste sofort. Mit Pässen von Frankreichs Auswärtigem Amt, das überdies alle Weisungen an die Grenze hatte ergehen lassen, um den Grenzübertritt keinen Zufälligkeiten preiszugeben. Im Automobil, das beide Prinzen an der Vorarlberger Grenze erwartete, trafen sie in der österreichischen Hauptstadt ein, versteckte Gäste im Palais des Grafen Erdödy.

Die Unterhaltung zwischen dem Kaiser und den Schwägern, der fünf Viertelstunden auch der Außenminister beiwohnte, zog sich vom Abend bis gegen Mitternacht hin. Prinz Sixtus von Bourbon überbrachte den Standpunkt der fran-



zösischen Regierung, Verhandlungen überhaupt erst dann aufnehmen zu wollen, wenn Kaiser Karl an eine Unterstützung der französischen Auffassung über Elsaß-Lothringen sich gebunden hätte. Auch sollten alle Besprechungen auf besonderes Verlangen des Präsidenten Poincaré geheimsten Charakter fortbehalten. Beide Parteien möchten sich gebunden erachten, die Annäherung in jedem Falle kategorisch zu bestreiten, falls sie — jetzt oder später — durchsickerte.

Indes verlief die Laxenburger Unterhaltung trotz breiten Hin und Hers zwar bewegt, doch im Grunde ergebnislos. Kaiser und Minister waren einig, daß Verhandlungen über Wege zum Frieden unerläßlich nötig seien. Kaiser und Minister waren einig, daß Elsaß-Lothringen, um den Frieden Wahrheit werden zu lassen, als Opfer an Frankreich unvermeidlich gebracht werden müsse. Nicht einig waren Kaiser und Minister über das taktische Vorgehen: Kaiser Karl wollte sich entschließen, die Unterstützung Frankreichs sofort zuzusagen, um zu den gewünschten Verhandlungen zu kommen, — Minister Graf Czernin stimmte für eine dilatorische Zusage. Er wünschte erst das Einsetzen der Verhandlungen: dann konnte man über Elsaß-Lothringen sprechen.

Endgültiges ergab die Abendbesprechung nicht. Prinz Sixtus, der offen gestand, daß er den Inhalt der Gespräche von Kaiser und Minister in einem einzigen Satze klar nicht wiederzugeben vermöchte, stellte in Aussicht, daß nunmehr die französische Regierung das Friedensthema kaum werde fortspinnen wollen. Der Minister des Aeußeren verabschiedete sich mit dem Votum, daß die Versuche, als deren Vorbedingung von Frankreich die österreichisch-ungarische Förderung in bezug auf die deutschen Reichslande stets aufs neue von dem Prinzen betont wurde, fortgesetzt werden sollten. Am nächsten Tage besprach



sich der Kaiser mit Prinz Sixtus allein. Zwecklos wäre alles, versicherte der Prinz, wenn er nicht mit schriftlicher, glaubwürdiger Unterlage über die Auffassungen des Kaisers vor den Präsidenten der Republik hintreten könnte. Der Kaiser faßte den schwerwiegenden Entschluß: in thematischer Uebereinstimmung mit dem Grafen Czernin trennte er sich taktisch von seinem Minister. Er setzte selbst ein Schreiben auf. Er gab die Zusage. Prinz Sixtus reiste mit dem Briefe ab.

Die ganze Politik des Grafen Czernin war um jene Zeit auf das Bestreben gerichtet, den deutschen Bundesgenossen wirklich zur Preisgabe von Elsaß-Lothringen zu bestimmen, ohne die der Frieden nicht mehr zu bekommen wäre. Er war bereit, das Opfer Deutschlands mit einem Opfer der Monarchie an Deutschland zu bezahlen: Galizien sollte zu Polen, das neue Königreich Polen den Hohenzollern gegeben werden. In Homburg, wo sich wenige Tage nach der Laxenburger Unterhaltung Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl trafen, trug der jüngere Monarch den Plan jedenfalls vor. Und auch der Graf Czernin setzte seinen Gedankengang auseinander. Der Tausch wurde von deutscher Seite abgelehnt, aber die Idee vom Grafen Czernin nicht aufgegeben.

Er sah in ihr damals die einzige Friedensbrücke. Er suchte nach der Möglichkeit eines Druckes auf Deutschland. In der Denkschrift vom 12. April 1917 entwickelte er die unabänderliche Notwendigkeit eines Friedensschlusses noch vor dem Winter. Die Monarchie war darin am Ende ihrer Kräfte gezeigt. Mit Kaiser Karl war der Gedankengang des Mémoires besprochen. Der Kaiser behielt ein Exemplar der Denkschrift. Eine Abschrift war dem Geheimen Staatsarchiv bestimmt, ein drittes Exemplar erfüllte den eigentlichen Zweck: es wurde dem deutschen Kaiser geschickt. Aber die Wirkung entsprach den Wünschen



nicht. Der Druck der Denkschrift schuf keinen anderen deutschen Standpunkt über Elsaß-Lothringen. Merkwürdig war es bald darauf, daß der Inhalt der Geheimschrift über die Eingeweihten hinaus sich verbreiten konnte. Der Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger, ein Führer der Zentrumspartei, sprach von ihr, verlas sie sogar vor ein paar hundert Wählern in Frankfurt a. M. Der Staatssekretär v. Kühlmann geriet in höchste Erregung, denn von Frankfurt mußte die Schilderung der österreichisch-ungarischen Verhältnisse, die eine Schilderung der Depression war, den Weg nach Frankreich, zu allen Gegnern finden. Es wurde festgestellt, daß keinen der wenigen Beamten, durch deren Hände die Denkschrift gegangen war, der Vorwurf von Pflichtverletzung traf. Klar wurde, daß der Druck, der auf Kaiser Wilhelm, auf Reichsleitung und Generale versagt hatte, jetzt zu einem Drucke, zumindest einer Beeinflussung des Reichstages oder noch weiterer Gruppen werden sollte, unter denen ein nach Berlin entsandter Freund des Grafen Czernin für die Ideen des Ministers warb. Im Dunkel lag nur, wer den Kanal über Mathias Erzberger erschlossen hatte.

Von der feststehenden Indiskretion unterrichtete der Außenminister Graf Czernin den Kaiser sofort. Der süddeutsche Katholikenführer Erzberger besaß Beziehungen zum Wiener Hofe. Er war von den Damen von Parma, der Kaiserin und der Kaiserin-Mutter, gerne empfangen worden. Aber Frauen hatten mit Staatsakten, mit Staatsgeschäften nichts zu tun. Und unterirdische Vermittler, die sich so alles verschaffen und solches Unheil anrichten konnten — auch wenn der Reichstagsabgeordnete in gutem Glauben vermeint hatte, dem katholischen Hof, dem katholischen Oesterreich in Frankfurt zu nützen —, solch ungebetene Zwischenträger geheimster Bekenntnisse mußten ausgeschaltet werden.



Offen zur Rede gestellt, verweigerte es der Zentrumsführer, den Ueberbringer der Denkschrift zu nennen. Deutsche Diplomaten, deutsche führende Generale vertraten die seltsame Auffassung, daß der Vermittler an Erzberger der Außenminister Graf Czernin selbst gewesen wäre. Die Auffassung trifft nicht zu. Der Außenminister hatte lediglich die Verbindung zwischen Kaiser und Abgeordneten hergestellt.

Mathias Erzberger galt dem Grafen Czernin als ein Politiker von größtem Gewicht, dessen Einfluß in der Richtung der staatsmännischen Ziele des Ministers vielleicht gewonnen und genutzt werden konnte. Dem Zentrumsführer, der im Zusammenhange mit allerlei kirchenstaatlichen Plänen sich Zutritt zum Papste in Rom verschafft hatte, auch er mitten im Kriege in Italien, dem Zentrumsführer mochte es schmeicheln und ihn willfähriger machen, wenn den Katholiken auch der katholische Kaiser und apostolische König mit besonderer Auszeichnung behandelte. Der Außenminister hatte ihn nach Wien gebeten, indes, der Kaiser lehnte den Empfang ab. Auch als ihn auf der Rückfahrt von einem seiner Tiroler Frontbesuche in Franzensfeste eine eindringliche, lange Hughesdepesche aufhielt, durch die Graf Czernin abermals auf die Notwendigkeit und Eile hinwies, Erzberger dennoch vorzustellen, erst als der Minister unmittelbar nach der Ankunft des Kaisers in Wien zum drittenmal am Fernsprecher die Gewährung der Audienz begehrte, wurde sie gewährt. Aufmerksamkeit gegenüber einer als einflußreich bezeichneten Persönlichkeit war ihr Sinn. Der Zentrumsführer berichtete von römischen Erlebnissen, von allerlei Denkschriften, die mit der römischen Reise zusammenhingen. Er stellte die Schriften, obgleich er sie am gleichen Tage, dem Tage seiner Abreise aus Wien, gerne noch zurückwünschte, der Durchsicht des Kaisers zur Ver-



fügung. Ein Gardereiter brachte sie abends dem Eigentümer zurück, zu dessen Verwunderung nicht in einem Umschlag, vielmehr in zwei Briefhüllen. Noch verwunderter war der Abgeordnete, da er den einen Umschlag geöffnet hatte und die Denkschrift des Grafen Czernin darin fand — worüber der Gardereiter später Erzbergers Ausruf meldete:

„Was bringen Sie mir denn da? Das kenn ich ja schon“ —

Der Abschrift des Czerninschen Mémoires war andere Bestimmung von dem Kaiser zugedacht. Unermittelt blieb, ob der Gardereiter unklaren kaiserlichen Befehl erhalten hatte, ob aus Versehen überhaupt nur den Befehl, dem Abgeordneten die Briefschaften zu übergeben. Das Ueberaschendste mochte an der Verwechslung der Ausruf des Empfängers sein. Nach Deutschland war die Denkschrift lediglich an den Deutschen Kaiser mit einem Handschreiben Kaiser Karls geschickt worden, das der kaiserliche Flügeladjutant Graf Ledochowsky ohne Kenntniss des Inhaltes in Spa zu überreichen hatte. Von Kaiser Wilhelm war der Flügeladjutant mit größter Liebenswürdigkeit empfangen worden, ohne daß der Kaiser in seiner Gegenwart das Handschreiben öffnete. Vor seiner Abreise wurde der Graf dann der kaiserlichen Tafel zugezogen, die um den Monarchen die übliche Runde des Hauptquartiers vereinte, wobei allerdings der Flügeladjutant in einige Verwirrung geriet; denn die gesamte Tafel warf, wie auf Verabredung, ein Thema über Oesterreich-Ungarns angeblichen Niederbruch auf und schien das Thema gegen den Grafen entkräften zu wollen, der es weder angesponnen hatte, noch angeregt, noch begriff, noch Zusammenhänge fand. Sein befremdeter Bericht in Wien brachte allerdings unliebsame Erkenntnis. Die Tafel in Spa hatte die Eröffnungen der Denkschrift mit überraschender Sorglosigkeit durchgesprochen — —



Der Druck auf Deutschland, den Graf Czernin hatte üben wollen, war jetzt, wenn auch nicht ganz so, wie er sich's gedacht hatte, durch Mathias Erzberger und durch Beeinflussung des Reichstags ausgespielt. Aber der Druck versagte. Anderes mußte versucht werden. Und der Minister wollte die Versuche erneuern. Denn tiefernt war es ihm immer noch mit dem Verzicht auf Elsaß-Lothringen, mit dem galizischen Tausch, mit der Friedensbrücke. Durch Monate seiner Politik.

Indes war Prinz Sixtus von Bourbon nach Frankreich zurückgekehrt. Er hatte dem Präsidenten Poincaré über seine Laxenburger Zusammenkunft Bericht erstattet, hatte den kaiserlichen Brief vorgelegt, und der Präsident, der dem Prinzen gegenüber das Schreiben sofort als „einen gewaltigen Schritt zum Frieden“ bezeichnete, hielt es für dringend nötig, daß der Ueberbringer der Botschaft unverweilt mit ihr zum König von England weiterreise. In London las Lloyd George das Schriftstück mit höchstem Erstaunen.

„Wenn das so ist,“ erklärte er dem Prinzen, „dann ist es das beste, daß ich überhaupt selbst gleich nach der Schweiz reise“ — —

England, wie Frankreich nahmen den Zwischenfall ernst. Sie sahen ihn als eine wirkliche Wendung zum Kriegsende hin. Dem Prinzen Sixtus war überdies ein „Aide-Mémoire“ des Grafen Czernin im Mai 1917 übergeben worden, darin es hieß:

„Immerhin ist Oesterreich-Ungarn bereit, die Besprechungen fortzusetzen und ist nach wie vor geneigt, für einen ehrenvollen Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Frieden anzubahnen.“

Ungünstiger Ausgang konnte nur noch durch den Dritten herbeigeführt werden, der in dem Handel gleichfalls



mitzusprechen hatte: durch Italien. In Saint Jean de Maurien trafen noch im gleichen Mai 1917 die Staatsmänner Lloyd George und Ribot mit Baron Sonnino zusammen. Aber die Begegnung scheiterte in ihren Zielen, vielleicht bloß deshalb, weil der französische Minister des Aeußern Ribot nicht übermäßige Energien der Ueberredung gegenüber dem italienischen Staatsmanne aufbot. Lloyd Georges Anfrage, ob Baron Sonnino die Abmachungen des Londoner Protokolls vom Jahre 1915 als Minimalforderung des Königreichs Italien aus dem Kriege noch immer ansehe, bekräftigte der Baron. Man trat die Rückreise aus Saint Jean an. Unklar war damals die Kriegspolitik Italiens. Denn als der Prinz den Ausgang der Begegnung dem Wiener Hof berichtete, konnte man ihm dort erwidern, daß um die gleiche Zeit ein Sonderfriedensangebot Italiens, in die Schweiz durch Vertraute seiner Heeresleitung überbracht, an Oesterreich-Ungarn vorgelegt hätte. Ueber Zürich hätte es der angesprochene deutsche Diplomat nach Wien geleitet. Das Königreich wolle sich mit der Hälfte jener Abtretungen begnügen, die ihm die Monarchie bei Kriegsbeginn aus freien Stücken angeboten hatte. Aber der Kaiser hätte sich durch die Verhandlungen mit Frankreich gebunden erachtet, nicht anderwärts Sonderverhandlungen zu führen. Beide Friedenswege schienen jetzt verschüttet. Auch wenn Jules Cambon, der Generalsekretär im Pariser Auswärtigen Amt, dem Prinzen am Ende sein Bedauern über das Scheitern mit der Erwartung aussprach, die gleichen Fäden bei gelegener Zeit noch einmal aufnehmen zu können.

Immer pessimistischer über den Kriegsausgang, hatte freilich der Graf Czernin, ruhelos wie er zwischen tausend Einfällen immer war, noch einmal versucht, die Verständigung über der elsässisch-lothringischen Frage aufzubauen. Seine Bemühungen hatte Kaiser Karl durch



ein Schreiben an den Kronprinzen Wilhelm unterstrichen, darin er den Thronerben bat, zugunsten eines Verzichtes auf die Reichslande bei seinem kaiserlichen Vater zu sprechen. Die Enttäuschung über Rußlands erwarteten völligen Niederbruch, das erneute Aufflammen seiner Kräfte unter der Herrschaft Kerenskis, ihr unverhoffter, von raschen Erfolgen vorgetragener Angriff bei Kalusz schien endlich für die Pläne des Ministers günstige Stimmung zu schaffen. In der kurzen Spanne zwischen dem russischen Vorstoß und dem Gegenstoß bei Zborow konnte er, im Sommer 1917, ein Mémoire dem Kaiser überreichen, darin der schwerwiegende Entschluß verzeichnet war, daß der Reichskanzler Opfer in Elsaß-Lothringen bringen wolle. Allerdings standen zu solchem Zugeständnis die Beschlüsse einer in Anwesenheit des Grafen Czernin im Reichskanzlerpalais im August abgehaltenen Sitzung in schroffem Gegensatz. Dort unternahm es der österreichisch-ungarische Außenminister, die elsässisch-lothringische Frage von jenen unformulierten und schwebenden Bethmann-Hollweg'schen Absichten her aufzurollen, mit denen sich der Reichskanzler Bethmann über ein Entgegenkommen gegenüber Frankreich in den Grenzgebieten, namentlich um Metz, eine Zeitlang getragen hatte. Staatssekretär von Kühlmann ergriff im Reichskanzlerpalais zu der Angelegenheit das Wort. Er ließ keinen Zweifel, daß er über das Thema überhaupt nicht verhandeln lasse. Und einigte sich, in vertraulicher Aussprache noch nach der Beratung, mit dem Grafen Czernin, daß fortan die belgische und elsäß-lothringische Angelegenheit lediglich ein Thema deutscher Beschlüsse, die italienische Regelung eine Sache lediglich der Monarchie, alles übrige ein Gebiet gemeinsamer Erwägung für die Bundesgenossen darstellen werde. Uebrigens ließen schon die Erfolge des Gegenangriffes von Zborow, der die



russischen Anstrengungen doch bloß als Scheinkräfte gekennzeichnet hatte, jede beim Kanzler Michaelis vielleicht mögliche Stimmung der Nachgiebigkeit von selbst sich wieder verflüchtigen. Und in Frankreich stürzte das versöhnlichere Kabinett Briands. Im Stuhle des Ministerpräsidenten saß sein fanatischer Nachfolger Clémenceau. Ihn stachelte noch die Erinnerung an den Racheschwur von Bordeaux 1871; und was noch wichtiger war: die Zusicherung amerikanischer Truppensendungen trug er in der Tasche. Ministerpräsident Clémenceau wollte von Verhandlungen überhaupt nichts wissen. Der Friedensschritt Kaiser Karls war mißglückt, wie alle Bemühungen des Grafen Czernin in gleicher Richtung. Und die Vermittlerdienste des Prinzen von Bourbon waren längst in Vergessenheit gesunken.

Aber jetzt stellte sich, ein Jahr später, plötzlich unerwünscht für alle Oeffentlichkeit heraus, daß der Kaiser Erklärungen an den Prinzen oder eigentlich an Frankreich ohne deutsches Wissen hatte gelangen lassen. Er hatte darin nicht nur von sich aus über die Abtretung des Elsaß gesprochen. Er hatte sich auch auf die Politik seines Ministers berufen. Die Situation war jetzt unangenehm für den Kaiser, wie für den Minister. Aber zunächst bestritt Kaiser Karl überhaupt das Vorhandensein der Briefe. Nichts hätte er unternommen, das der Außenminister nicht „sowieso schon“ wüßte. Von Bukarest aus sprach Graf Czernin mit dem Kaiser erregt durch den Hughesapparat. Und fuhr, als der französische Ministerpräsident alles gesagt hatte, Hals über Kopf nach Wien. Hier gab Kaiser Karl zu, daß er dennoch einen Brief an Sixtus gegeben habe: allerdings ohne den Passus über Elsaß-Lothringen — vielmehr genau das Gegenteil hätte er darüber gesagt — und ohne ein Wort über Belgien. Für den Grafen Czernin konnte es



gleichgültig sein, welche Meinung er selbst im Jahre 1917 über das deutsche Reichsland hatte. Ihm konnte es gleichgültig sein, was er in der Nacht in Laxenburg gesprochen hatte. Gleichgültig, ob den Kaiser, als der Minister sich verabschiedet hatte, der Prinz zu einer Niederschrift verführte, oder, wie man gleichfalls glauben konnte, die Kaiserin, vielleicht auch eine andere Dame von Parma. Zwei Dinge standen fest: der Kaiser hatte Briefe oder doch einen Brief geschrieben, — von ihm selbst, dem Außenminister, war nichts Schriftliches da, außer dem „Aide-Mémoire“, das allgemeine Wendungen von vielfacher Deutungsmöglichkeit, aber nicht die kaiserliche Auffassung enthielt. Trotzdem mußte die Wirkung, auch wenn er bloß den in den Communiqués wiedergegebenen Mitteilungen folgte, auf den deutschen Bundesgenossen niederschmetternd sein. Er konnte dem Kaiser glauben, ebenso auch dem französischen Ministerpräsidenten. Da erklärte der Kaiser den Text des ersten Briefes als Fälschung. Er wolle den Entwurf beibringen, wie er war; der zweite Brief, der vom Einverständnis des Außenministers sprach, sei apokryph. Bedingungslos griff Graf Czernin die kaiserliche Darstellung auf. Denn sie war Lösung und Rettung zugleich, wenn der Kaiser den Sachverhalt unter Ehrenwort verbürgte. Das bisher nicht übliche Experiment, den Kaiser von Oesterreich, apostolischen König von Ungarn, eine Angelegenheit durch Ehrenwort ordnen zu lassen, konnte hier nur Zögerungen und weitere Verwicklung vermeiden — —

Der Kaiser sah sich endlich in unentwirrbarer Verstrickung. Mit dem Präsidenten Poincaré lag die Abmachung vor, alle Verhandlungsversuche aus dem Frühjahr 1917 der Öffentlichkeit gegenüber in jedem Falle zu bestreiten. Er wußte nicht, wie der Präsident der Republik in Wahrheit mit dem Ministerpräsidenten Clémenceau



stand, wie viel oder wie wenig der Minister im ganzen von den prinzlichen Bemühungen wußte. Bestritt er die Briefe, so hielt er sich an seine Vereinbarung mit Poincaré. Klärte der Präsident der Republik den Chef der Regierung über die Abmachung nicht auf, so konnte es dem Schwager des Kaisers, auch wenn er sich jetzt in Afrika aufhielt, bei Clémenceaus Neigung zu Taten des Affekts übel ergehen. Das Klügste war, wenn der Kaiser, der sich allerdings zugeben mußte, die Briefe ohne Mitwissen nicht bloß Deutschlands, sondern auch des Grafen Czernin geschrieben zu haben, im Schweigen verharrte. Der Austausch der österreichisch-ungarischen und französischen Erklärungen war ohnehin zu Ende.

Zu einem leidenschaftlichen Auftritt aber gestaltete sich die Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Minister. Seit den Tagen von Brest Litowsk durch seine Nerven schwer bedrängt, nicht immer mehr ihrer Herr, verlor jetzt der Minister vor dem Kaiser, den er über eine Stunde lang nicht zu Worte kommen ließ, alle Ruhe, Haltung und Besinnung. Der Kaiser müsse eine Erklärung abgeben. Die deutsche Stimmung verdichte sich zu drohender Gefahr: Oesterreich-Ungarn stünde nunmehr durch die Angelegenheit auch noch vor dem Kriege mit Deutschland. Der Minister riß ein Briefblatt aus der Tasche. Er hätte eine Erklärung im Konzepte mitgebracht. Was den schriftlichen Charakter der Erklärung betreffe, so bedürfe er ihrer „lediglich zu seiner eigenen, geschichtlichen Rechtfertigung“. Die Erklärung wäre kein politischer Akt. Sie werde in seinem Schreibtische verschwinden. Er könne an das Bestehen der Briefe nicht glauben. Seien sie Wahrheit, vermöchte der Kaiser darum die Erklärung nicht zu unterschreiben, so bleibe ihm, dem Minister, nichts als der Selbstmord — —



Nicht nur die Nerven des Grafen Czernin versagten: auch der Kaiser brach zusammen. Von dem Minister hatte er sich nicht trennen können, ohne ein Eingeständnis seiner Schuld zu geben. Ueber die in der Oeffentlichkeit entstandene Krise mußte er den Grafen Czernin um jeden Preis zu halten versuchen. Im Gedanken hatten Kaiser und Minister vor Jahresfrist beide das gleiche gewollt: nunmehr stand der Minister, dem nichts nachzuweisen war, kein Brief und keine formale Bindung, unerbittlich gegen den Herrscher und begehrte abenteuerliche Dinge. Im Gedanken konnte sich der Kaiser bestes Wollen zugestehen; in Form und Mitteln hatte er sich vollkommen vergriffen. Seine Friedenssehnsucht hatte nach der Inanspruchnahme des Prinzen Sixtus mit der gleichen bitteren Enttäuschung geendet, wie eben jetzt im Frühjahr 1918 auch ein Versuch, durch ein neutrales Staatsoberhaupt den Präsidenten Wilson für den Weltfrieden zu gewinnen. Den Schritt hatte der Präsident günstig beurteilt. Er erbat von Kaiser Karl schließlich eine Auffassung darüber, wie die Balkanfragen und namentlich die adriatische Frage geregelt werden könnte. Die Antwort, von ihm selbst geheim in die Maschine geschrieben, ließ er, zunächst ohne Benachrichtigung seiner Verbündeten, an das vermittelnde Staatsoberhaupt gelangen. Das Staatsoberhaupt drückte dem Kaiser seine Ueberzeugung aus, daß die Verhandlungen rasch vorwärts kommen müßten, wenn nunmehr der Kaiser — man halte sich zur Weiterübermittlung zur Verfügung — konkrete Vorschläge biete. Die neue kaiserliche Antwort, ein großes Programm österreichisch-ungarischen Umbaues, sehr ausführlich, sehr diplomatisch im Ton, wurde telegraphisch für das Staatsoberhaupt fortgegeben, aber jetzt meldete der mit der Ueberreichung betraute Botschafter die Kompromittierung der neutralen Chiffre. Unsicher wurden um jene Zeit überdies die hier nötigen



Wege eines Kuriers. Es war um den 20. März 1917. Die Zeit verstrich. Man wartete. Dann setzte plötzlich das Duell des Grafen Czernin und des französischen Ministerpräsidenten ein: der Präsident der Vereinigten Staaten hatte sich zurückgezogen — —

Allen Friedensbestrebungen war bisher der Erfolg versagt. Nur eines war erreicht: der Bundesgenosse, der über die Vermittlung des Prinzen Sixtus nichts, über die Dialoge mit Amerika nur Ungenaues wußte, war schwer verstimmt. Von ihm kündigte der Graf Czernin unter Umständen sogar Krieg an. Keinen Ratgeber hatte der Kaiser für seine wichtigsten, keinen für die folgenreichsten Handlungen im Frühjahr 1917 gesucht, keinen seiner besten Pairs hatte er um Richtlinien befragt. Jetzt sah er sich in völliger Einsamkeit, verstrickt in Schuld und Nichtschuld, abermals ohne Vertrauen in Ratgeber, die er zu suchen verschmähte, mit dem von maßloser Erregung erfüllten, ihm überlegenen Minister allein, dem er die ganze Wahrheit nicht mehr zu sagen wagte. Er unterschrieb das Ehrenwort. Das Schriftstück war kein Akt. Der Minister begehrte es für seinen Schreibtisch. Der Kaiser unterschrieb, selbst in Erregung ohne Grenzen und endlich völlig kopflos, ohne zu lesen:

„1. daß er an seinen Schwager nur den einen Brief geschrieben habe,

2. daß der Prinz keine Ermächtigung erhielt, den Brief der französischen Regierung zu zeigen,

3. daß Belgien in dem Briefe nicht erwähnt wurde und

4. daß der Absatz über Elsaß-Lothringen in der Clémenceauschen Veröffentlichung gefälscht sei.“

Alles schien äußerlich nunmehr in Ordnung. Der Minister konnte nach allen Versicherungen des Kaisers die deutsche Unruhe beschwichtigen. Freilich bekam der deutsche Botschafter in Wien auch das kaiserliche Ehren-



wort auf den Schreibtisch gelegt; und da dies einmal geschehen war, wider die Abrede, sprach sodann zu dem bevollmächtigten deutschen General von Cramon der Kaiser selbst davon. Der Minister des Aeußeren konnte sich sagen, daß ihn das Ehrenwort in jedem Falle deckte, gegenüber Deutschland und vor aller Welt, ob es nun ein falsches oder wahres Ehrenwort war. Blieb es bekräftigt, so war nicht bloß über Elsaß-Lothringen nichts geschrieben worden; hinfällig war dann auch der seine Außenpolitik kompromittierende Brief über sein Einverständnis. Zerbrach das kaiserliche Ehrenwort, so sah alle Welt, daß der Kaiser wirklich Unwahres sagte. Nicht nur über Elsaß-Lothringen. Sondern auch über das Einverständnis mit Czernin.

Um alles zu klären, endgültig und wie es dem Minister nötig schien, sollte der authentische Brief veröffentlicht werden. Aber jetzt verlangte der Kaiser, stets rettungsloser umdrängt von der Verwirrung, in die er sich gestürzt, daß der Außenminister — sein einziger, innerlicher Mitwisser im Wollen von 1917 — ihm helfe. Daß er die Schwierigkeiten mitbeende. Daß er erkläre, von dieser Fassung des Briefes gewußt zu haben. Aber der Minister fand keine Veranlassung, um gleicher innerer Wünsche willen eine Verantwortung auch für schriftliche Aeüßerungen des Kaisers zu übernehmen. Bewußter Mitspieler der Gedanken war er damals gewesen; von Formulierungen auf festem Papier wußte er nichts. Er wollte seine Hände jetzt aus wirklich fatalem Spiel gelassen sehen. Zweifel an der Echtheit des kaiserlichen Wortes, die für seine Stellung in der Angelegenheit belanglos war, stiegen immer stärker in ihm auf. Der Kaiser hatte das Schriftstück mit sichtlichem Widerstreben unterzeichnet. Aber die Motive des Zögerns hatte der Minister nicht zu untersuchen. Formal hatte er das Recht auf jeden Fall auf seiner Seite. Es war etwas anderes,



ob er im ehrlichen Willen, Frieden zu schaffen, etwas aussann und davon, soweit er sich vorwagen durfte, auch sprach oder, ob es der Kaiser über intimum Rat schriftlich nach Frankreich weitergab. Es war ein Unterschied, ob sich Minister und Kaiser über Möglichkeiten in Bezug auf Elsaß-Lothringen unterhielten; oder ob der Kaiser daraus — in einem Brief nach Frankreich — ein „Einverständnis mit seinem Minister“ machte. Das Ehrenwort, ob wahr, ob falsch, war für Czernin die Sicherung in jedem Fall. Die Situation aber bot ihm zwei Möglichkeiten: entweder er mußte sich, da ihm der Kaiser doch jetzt eine gewisse Verantwortung aus inneren Zusammenhängen aufbürden wollte, ganz aus dem Handel reißen und auf die Minister-schaft verzichten — oder der Kaiser mußte Schuld zugeben. Dann war freilich die Empörung in Deutschland da. Dann konnte Deutschland das Unmöglichste von Oesterreich-Ungarn verlangen, um sich vor Aehnlichem in Zukunft zu schützen. Sich selbst zu opfern, selbst eine Mitwisser-schaft nachträglich zuzugeben, die nirgends verbrieft war, selbst aus der durch das Ehrenwort gewährleisteten Sicherheit ohne Not herauszugehen, konnte niemand dem Minister zumuten. Er beschloß einen Augenblick lang, zu gehen. Oder eines konnte noch erwogen werden: die Absetzung des Kaisers Karl.

Sie hätte, wie all die Vorfälle und Dinge sich den Deutschen zeigen mußten, nicht bloß die Rehabilitierung Oesterreich-Ungarns und die Gewitterreinigung, Aussöhnung und Wiederherstellung des Vertrauens bedeutet. Sie hätte nicht bloß erwiesen, daß der Außenminister mit reinen Händen dastand. Dem Grafen Czernin mußte sich unwillkürlich noch eine andere Aussicht dartun: Aufstieg zu noch freierer, eigener Macht. Wenn der Kaiser sich zurückzog, so stürzte auch alle Hauspolitik der Frauen von Parma, über die der Minister mit Recht und Bitterkeit bei vielen



Anlässen hatte klagen können. Die „Unverantwortlichen“, die immer unsichtbar waren und doch im Einwirken sichtlich spürbar, die ganze Schar der Niegenannten im kaiserlichen Boudoir, deren Einfälle, Vorschläge und tausend Nebenschritte die gesetzmäßige Ministerarbeit kreuzten: sie alle waren mit einem Schlage ausgeschaltet, wenn der Thronverweser ein Anderer würde, den das Haus Parma nicht kümmerte. So abenteuerlich war der Gedanke gar nicht; auch General Ludendorff sah, als der Kronrat von Bellevue ihn erbittert hatte, Abdankungsmöglichkeiten für Kaiser Wilhelm II. In dem Ausblick, eine anders unabschaffbare Nebenregierung durch den Sturz des Kaisers selbst für alle Zeit zu vernichten, mußte dem Grafen Czernin ein falsches kaiserliches Wort fast noch lieber sein, als des Ehrenwortes Echtheit. Und der Minister tat den Vorschlag. Erzherzog Eugen oder Erzherzog Friedrich könnte die Regentschaft für den Kaiser führen, dessen Nerven, allzu angegriffen von den Vorfällen der Zeit, der Ruhe bedürften. Der Vorschlag wurde am Fernsprecher getan. Kaiser Karl wich aus. Ein Ministerrat wurde berufen, der das Thema erwägen sollte. Aber schon der Anfang der Beratung ergab die Undurchführbarkeit der Absicht, die im dualistischen Reich nur dazu geführt hätte, Oesterreich völlig unter Ungarn zu stellen, das keinen anderen Regenten anerkannt hätte, als den ungarischen Erzherzog Joseph. Der Ministerrat brach das Thema ab. Graf Czernin eilte in Audienz. Für den auf Stunden völlig zusammengebrochenen Kaiser, der den Minister nicht empfangen konnte, sprach ihn jetzt die Kaiserin. Der Staatsmann war am Ende schwächer, als das, was er die Hauspolitik nannte. Er mußte sich darauf beschränken, auf reine Hände sich der Oeffentlichkeit gegenüber berufen zu können. Auch dies war viel. Der Kaiser blieb. Und die Ministerschaft Czernins war zu Ende.



Trüb war die Außenpolitik der Phase. Risse im Bund der Mittelmächte — Zerwürfnisse zwischen Bulgaren und Türken — Risse und Wunden am Körper der Vier. Von materiellen Zufuhren und wirtschaftlicher Erleichterung war noch nichts zu spüren. Und im Innern klaffte der Zusammenhalt der Völker. Von Rußland her leuchtete rot und grell die Revolution. Das Land überschwemmt von Deserteuren. In Deutschland arbeitete Nachschub und Ersatz nur schwer. Meuterherde in vielen Garnisonskasernen. Streikansage und Sabotagen. Schon klang alles offiziell Gesprochene, für dessen Wahrhaftigkeit die Angelegenheit der kaiserlichen Briefe an Sixtus eine bedenkliche Belastung war, wie der Stil verschollener Epochen. Es suchte laut und mit Uebertreibungen Gehör in einem hohlgewordenen Raum, in dem er fast gespenstisch hallte, Ausdrücke einer krampfhaft festgehaltenen Tradition, die selbst noch lebte und Leben einflößen wollte, indes ihre Zeit im Sinken war. Noch sprach der Ministerpräsident Seidler von „patriotischen Grundbegriffen der Oesterreicher“ zu den Tschechen. Und Kaiser Karl von „segensvollem Aufblühen des Verfassungslebens“ in den „einzelnen Königreichen und Ländern“, von „seinen“ Kanonen andererseits und, wie der junge Monarch sich in der Unterhaltung am Hughesapparat mit Czernin ausgedrückt hatte, „von einem Kerl als Clémenceau“, mit dem er nicht mehr diskutieren wolle, da er sich „als Souverän viel zu hoch“ fühle — —. Noch war es die Sprache einer Welt, die gegen das Sterben sich wehrte oder den drohenden Tod nicht erkannte und doch eine Sprache dulden mußte, neben sich, unter sich, im Parlament, in der Presse, in allen Gassen, eine andere Sprache mit anderen Inhalten, die irgend Neues, sich Vorbereitendes, Beängstigendes ansagte. Es war in dieser Phase des Krieges, daß alles im Widerstreit zu liegen schien, die Völker und die Fürsten,



die Bundesgenossen, ihr Willen und ihre Mittel, die Nerven und die Hoffnungen, die Weltideen und selbst die Terminologien. Niemand wußte noch genau, ob die Schale aufwärts oder abwärts neigte. Ob Bestehendes blieb oder Umsturz kam von unten her.

An der Westfront ging ein schweres Kämpfen. General Ludendorffs große Offensive hatte begonnen. Wieder flogen Worte auf aus alten Sprachschätzen, der Generalfeldmarschall von Hindenburg rief sie ins Land, dem er tatsächliche, wenn auch bescheidene Erfolge meldete. Vielleicht hob noch einmal das Deuten auf Truppen und Todesmut und Sieg daheim die Stimmung. Und hob sie auch in Oesterreich. Selbst Kaiser Karl, der den Bundesgenossen nicht liebte, beugte sich im Anblick der Westfrontkämpfer: „Die Deutschen sind doch Mordskerle“ — — Sicher war, daß nur das Bewußtsein der ungeschlagenen Fronten Erleichterung brachte von Hinterlandsqual und Zerrfahrenheit. In Oesterreich-Ungarn noch mehr als in Deutschland. Eifriger, als die ganze Zeit über, wandte darum der Kaiser seine Aufmerksamkeit jetzt der kämpfenden Front zu. Nach den Erlebnissen im April wußte er, daß nunmehr sein Kurs die deutsche Richtung lebhafter nehmen müsse, als bisher. Er verwischte fatale Erinnerungen am besten, wenn er statt der Versuche, unvorsichtige Briefe im Hinterdrein zu entkräften, und noch vor einem Aussöhnungsbesuch bei Kaiser Wilhelm lieber wirklich mit den Deutschen und für die Deutschen kämpfte. Wenn er sie im Westen entlastete. Schwerfällig im Begreifen, im Bilden und Umbilden von Stimmungen war der Kaiser eigentlich nie gewesen. Und Marschall Conrad hatte ihm — nicht nur aus Entlastungsgründen: auch weil die Truppen keinen vierten Winter in den Hochbergen vertrugen und überhaupt der Versuch eines Endes erzwungen werden mußte — einen Angriff an der Brenta gegen Italien bereits vor-



geschlagen. Noch an dem Tage, da der französische Ministerpräsident den ganzen Sixtusbrief der Welt zeigte, da aller kommende Verdruß sich schon erkennen ließ, rief der Kaiser den Marschall aus Bozen. Er sollte dem Chef des Generalstabes und dem Chef der Operationsabteilung die Operationen entwickeln. Am 11. April sprach der Marschall in Baden. Der Glanz der neuen Offensive konnte bald alles vergessen machen. Das ferne Heer im feindlichen Land, das ungebrochene Heer in den Bergen, war doch das Einzige, das in Kummernis und Wirrnis allein Trost und Klarheit, vielleicht sogar Zukunftslösung gab.



